

9. Bezirk – Alsergrund

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023

Betrifft: Neue Schulstraßen – der Alsergrund geht voran

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden beauftragt, die Galileigasse vor der Volksschule auf Hausnummer 5, sowie die Hahngasse vor der Schule auf Hausnummer 35 (Volksschule & Schulkompetenzzentrum für Prävention, Inklusion & Rehabilitation) zur Schulstraße nach §76d StVO zu erklären, um mehr Verkehrssicherheit für alle Schüler:innen dieser Schulen zu schaffen. ~~welche Straßen in der unmittelbaren Umgebung von Schulen der Stadt Wien am Alsergrund geeignet sind, zu Schulstraßen nach § 76d StVO erklärt zu werden, um mehr Verkehrssicherheit für unsere Schüler:innen am Alsergrund zu schaffen. Dabei sind insbesondere jene Straßen im Nahbereich von Schulen zu prüfen, wo bisher noch keine verkehrsberuhigenden Maßnahmen getroffen wurden (bsp. Schubertschule – Grünentorgasse 9; GEPS/OVS Marktgasse – Marktgasse 31-35/Ecke Lichtentaler Gasse; Schule Hahngasse – Hahngasse 35). Die Ergebnisse der Prüfung sind der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission vorzulegen.~~

Begründung:

Der Autoverkehr vor Schulbeginn kann zu brenzligen Situationen führen. In Modellversuchen wurden deshalb bereits in der Vergangenheit temporäre Fahrverbote vor Unterrichtsbeginn umgesetzt, die das Verkehrsaufkommen durch zu- und weggehende Autos reduzieren und den Kindern ein sicheres Ankommen ermöglichen. Ein solcher erfolgreicher Modellversuch findet sich vor der VS Gillegasse.

Bisher war die Schulstraße in der Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht vorgesehen. Mit der jüngsten StVO-Novelle hat die Bundesregierung einheitliche Regelungen und ein eigenes Verkehrszeichen für Schulstraßen geschaffen. Das macht die Verordnung für die Behörden leichter und sorgt dafür, dass eine Schulstraße von allen auf den ersten Blick erkannt werden kann.

Die neue Bestimmung lautet:

„§ 76d. Schulstraße

(1) Die Behörde kann, wenn es der Sicherheit, Leichtigkeit oder Flüssigkeit des Verkehrs, insbesondere des Fußgängerverkehrs, dient, durch Verordnung Straßenstellen oder Gebiete in der unmittelbaren Umgebung von Schulgebäuden, zu Schulstraßen erklären. Bei der Verordnung ist insbesondere auf Schultage sowie die Tageszeiten von Schulbeginn und Schulende Bedacht zu nehmen.

(2) In Schulstraßen ist der Fahrzeugverkehr verboten; ausgenommen davon ist der Fahrradverkehr. Krankentransporte, Schülertransporte gemäß § 106 Abs. 10 KFG, Fahrzeuge des Straßendienstes, der Müllabfuhr, des öffentlichen Sicherheitsdienstes und der Feuerwehr in Ausübung des Dienstes, Fahrzeuge des Öffentlichen Verkehrs, von Abschleppdiensten, der Pannenhilfe und Anrainer sind zum Zwecke des Zu- und Abfahrens ausgenommen. Die Behörde kann weitere Ausnahmen für Anrainerverkehre festlegen. Die Anbringung mechanischer Sperren durch von der Behörde ermächtigte Personen ist zulässig, sofern der erlaubte Fahrzeugverkehr dadurch nicht am Befahren gehindert wird. Den ermächtigten Personen ist von der Behörde eine Bestätigung über den Umfang der Ermächtigung auszustellen.

(3) In Schulstraßen ist das Gehen auf der Fahrbahn gestattet. Der erlaubte Fahrzeugverkehr darf aber nicht mutwillig behindert werden.

(4) Die Lenker von Fahrzeugen dürfen Fußgänger nicht behindern oder gefährden, haben von ortsgebundenen Gegenständen oder Einrichtungen einen der Verkehrssicherheit entsprechenden seitlichen Abstand einzuhalten und dürfen nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren.

(5) Für die Kundmachung einer Verordnung nach Abs. 1 gelten die Bestimmungen des § 44 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass am Anfang und am Ende einer Schulstraße die betreffenden Hinweiszeichen (§ 53 Abs. 1 Z 26a und 29) anzubringen sind.“



Ausnahmen vom Kfz-Fahrverbot werden einheitlich geregelt, etwa für Anrainer:innen. Unbedingt notwendige Fahrten mit dem Auto zum Zu- und Abfahren sind in Schrittgeschwindigkeit weiterhin möglich. Radverkehr in Schrittgeschwindigkeit ist generell erlaubt. Die jeweiligen Uhrzeiten können je nach Bedarf festgelegt werden. Wenn besondere Voraussetzungen an einem Standort das

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21.9.2022



nötig machen, kann die Behörde wie bisher maßgeschneiderte Fahrverbote verordnen.

Für die Anrainer:innen bedeutet die Regelung ebenfalls eine deutliche Verbesserung: das geringere Verkehrsaufkommen, reduziert auch die Lärm- und Abgasbelastung.

Der Alsergrund soll vorangehen und wo möglich und sinnvoll von der neuen Regelung Gebrauch machen – für die Sicherheit unserer Kinder.

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Februar 2023

Betrifft: How-to-be a öffentliche Toilette

Die Bezirksvertretung Alsergrund möchte das Projekt „öffentliche Toilette“ forcieren und Lokale im Bezirk einladen daran teilzunehmen. Die zuständige magistratische Dienststelle wird daher ersucht, gemeinsam mit der Bezirksvorstehung einen Folder zu erstellen, der dieses Projekt bewirbt und die Rahmenbedingungen für teilnehmende Betriebe erläutert. Vorschläge und Kostenschätzungen sind dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen. Die Wirtschaftskammer als Interessensvertretung soll die Möglichkeit bekommen, daran mitzuwirken.

Begründung:

Die MA48 hat der Bezirksvertretung berichtet, dass es die Möglichkeit gibt, dass private Betriebe in einer Kooperation mit der MA48 dafür Sorge tragen, dass mehr öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Es gibt dahingehend bereits einige in ganz Wien, diese sind auch im Stadtplan vermerkt und werden von der Stadt Wien auch öffentlich (inklusive der Öffnungszeiten) ausgeschildert.

Bei diesem Projekt handelt es sich um eine Win-Win Situation: Die Öffentlichkeit bekommt mehr Zugänge zu den wichtigen öffentlichen Toiletten. Denn schließlich muss jede:r mal, und wenns dringend ist, dann ist's dringend. Die privaten Betreiber bekommen im Gegenzug einerseits mehr Frequenz in ihren Betrieben und andererseits die Kosten, die für Reinigung, Wartung etc. anfallen aus dem öffentlichen Budget erstattet. Trotzdem ist diese Lösung um ein vielfaches günstiger, als die Errichtung von eigenständigen öffentlichen Toiletten, für welche im eng bebauten Gebiet oftmals auch kein Platz ist. Aktuell gibt es am Alsergrund noch keine private öffentliche Toilette.

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Februar 2023

Betrifft: Verlegung Motorradparkplatz und Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Glasergasse/Porzellangasse!

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats werden ersucht, die Verlegung des Motorradparkplatzes in der Glasergasse an der Ecke Porzellangasse zu veranlassen. Ein Alternativstandort soll in der Porzellangasse Platz finden. Die Vorschläge sollen samt Kostenschätzung der Verkehrskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Der Motorradparkplatz in der Glasergasse an der Ecke Porzellangasse befindet sich in einer als Einbahn geführten Wohnstraße und wird vor allem von vielen Mitarbeiter:innen der umliegenden Büros genutzt. Durch die aktuelle Lage des Motorradparkplatz kommt es zu einer unübersichtlichen Verkehrssituation. Lenker:innen von einspurigen Kraftfahrzeugen fahren oftmals die kurze Distanz gegen die Einbahnführung, um den Parkplatz zu nutzen. Dies hat nach den Angaben zahlreicher Anwohner:innen schon zu gefährlichen Situationen geführt. Eine Verlegung des Standortes ist somit zu befürworten.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund,
SPÖ Alsergrund, Damma Wos,
sowie den Bezirksrät:innen
Claudia O'Brien & Markus Delitz
zur Bezirksvertretungssitzung am 22.2.2023



Betrifft: Erhebung Baumpflanzungspotential

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima und die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, eine Potentialanalyse für Baumpflanzungen (v.a. in Hinblick auf die Einbautensituation) im 9. Bezirk zu veranlassen.

Die bereits im 3. Bezirk erarbeitete Methodik (GIS-gestützte Vorauswahl anhand gültiger Normen und bereits digital vorhandener Daten) und entsprechende Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollen dabei zur Anwendung kommen. Eine an den 9. Bezirk angepasste Kostenschätzung ist dem Umweltausschuss vorzulegen.

Begründung:

Schattenspendende Bäume im öffentlichen Raum leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt und sind eine wichtige Maßnahme zur Minderung lokaler Hitzepole. Mögliche Standorte für Baumpflanzungen werden derzeit immer nur anlassbezogen und punktuell geprüft. Für eine strategische Planung künftiger Baumpflanzungen wäre eine Übersicht des gesamten Potentials am Alsergrund hilfreich und würde die manchmal langwierigen (und für Bürger*innen, die Vorschläge einbringen oft frustrierenden) Prüfverfahren vereinfachen. Gleichzeitig könnten viel schneller mögliche Synergien mit geplanten Straßenbauvorhaben oder anderen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum gefunden und damit öffentliche Mittel effizienter eingesetzt werden.

Betrifft: Gelbe Tonnen für Plastik

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund und der Grünen Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 22. Februar 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht zu prüfen, ob die Kapazitäten der derzeitigen gelben Tonnen für Metall und Kunststoffe am Alsergrund ausreichend sind. Zusätzlich sollen die gelben Tonnen eine unmissverständliche Beschilderung entsprechend der Neuregelung erhalten. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

B E G R Ü N D U N G

Mit Jänner 2023 wurde die Leichtverpackungssammlung österreichweit vereinheitlicht. Konkret werden in den gelben Tonnen neben Plastikflaschen, Metalldosen und Getränkekartons auch alle weiteren Kunststoffverpackungen und sonstigen Leichtverpackungen wie Obst-Tassen, Joghurtbecher oder Luftpolsterfolien gesammelt. Diese österreichweite Vereinheitlichung der Müllsammlung und -trennung ist zu begrüßen.

Trotz dieser umfangreichen Änderung bei der Müllsammlung wurden von Seiten der Stadt Wien die Anzahl der gelben Tonnen nicht erhöht. Dies vor allem unter dem Verweis, dass ab 2025 ein Pfandsystem auf Kunststoffgetränkeflaschen und Getränkedosen eingeführt werden soll. Zu diesem Vorhaben gibt es jedoch derzeit noch keine konkreten Entwürfe.

Von Seiten der Alsergrunder Bevölkerung mehren sich daher die Beschwerden, dass zum einen die Kapazitäten zu gering sind, aber auch zum anderen, dass der Einwurf des Mülls lediglich durch die Flaschengroßen Öffnungen erfolgen kann. Der Einwurf eines gesamten Mistbeutels ist aufgrund der versperrten Container nicht möglich. Eine Prüfung ob die Kapazitäten der derzeitigen gelben Tonnen für Metall und Kunststoffe ausreichend sind und eventuelle Erweiterungen sind daher notwendig.

Betrifft: Baumscheiben in der Porzellangasse

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 22. Februar 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen der MA 42 werden ersucht, die Baumscheiben in der Porzellangasse vor den Ordnungsnummern 20 und 22 so zu gestalten, dass sie attraktiv und üppig begrünt sind und durch Sezessionsgitter geschützt werden. ~~Die Ergebnisse~~ *Eine* und Kosten sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Lösung

B E G R Ü N D U N G

Die bisherigen von der Gebietsbetreuung in langen Mühen mit der MA 42 ausgehandelten Bedingungen für Baumscheibenpatenschaften sehen unter anderem vor, dass die Erde nicht ausgetauscht werden darf und kein einfaches Zäunchen errichtet werden darf. Damit ist eine regelkonforme Begrünung und Schutz derselben nicht möglich und diese Möglichkeit daher nicht praktikabel.

Um eine attraktive Gestaltung der Baumscheiben zu gewährleisten und um das für alle so wertvolle Grün zu vermehren, wäre es daher am sinnvollsten, wenn die Bepflanzung und die Pflege, von der MA 42 vorgenommen würde. Eine Begrünung wäre optisch eine Verbesserung, was gerade in diesem Teil der Porzellangasse, wo das Schauspielhaus und viele Lokale mit Schanigärten sind, sinnvoll ist. Aber viel wichtiger noch, auch eine bedeutende Maßnahme gegen die Hitze und für mehr Wohlbefinden.

Da oft Fahrräder auf den Baumscheiben angekettet werden und auch Autos oft drauf stehen wären Sezessionszäune hier gut eingesetzt.

Ansicht der aktuellen Gestaltung der Baumscheiben:



Betrifft: Attraktivere Begrünung der Thurnstiege

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 22. Februar 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen der MA 42 werden ersucht, zu prüfen, wie die Pflanzbereiche auf der Thurnstiege attraktiver begrünt werden können. Die Ergebnisse sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

B E G R Ü N D U N G

Eine schönere Gestaltung der Pflanzbereiche auf der Thurnstiege würde eine bessere Aufenthaltsqualität bieten. Die Pflanzen, die jetzt dort gepflanzt sind, sind nicht attraktiv und haben auch wenig Grün, das zu einem besseren Klima beitragen könnte.



Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Zusammenlegung Baustelle Servitengasse – Fußgängerzone und Fernwärme

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen den Umbau der Servitengasse zur Fußgängerzone mit dem Bau der geplanten Fernwärmeanbindung zusammenzulegen. Sollte die Zusammenlegung zu einer Verzögerung des Umbaus der Servitengasse führen, spricht sich die Bezirksvertretung für die Verschiebung aus, um sowohl die Mühsal, die für die Anrainer_innen durch die Baustelle ergibt, so gering wie möglich zu halten, als auch die unnötige Verwendung von Steuergeld hintanzuhalten.

x 2023/2024

Begründung:

Wenn es nicht gelingt, die beiden Bauvorhaben miteinander zu harmonisieren, droht den Anrainer_innen innert weniger Jahren zwei kapitale Baustellen, was die Zumutbarkeit übersteigt. Weiters entspricht es nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit, Baustellen hintereinander zu führen, die zusammenzulegen sind. Auch wenn die allfälligen Mehrkosten rein technisch nicht vom Bezirk sondern von privatwirtschaftlich öffentlichen Unternehmen – konkret Fernwärme Wien – getragen würden, entspricht eine getrennte Bauführung nicht dem Grundsatz der Sparsamkeit.

Wien, 16.02.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Inklusiver und barrierefreier Stadtwanderweg Alsergrund

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen nach dem Vorbild der großartigen Stadtwanderwege im hügeligen Teil der Stadt, einen inklusiven und barrierefreien Stadtwanderweg / Bezirkswanderweg am Alsergrund zu prüfen und zu planen. Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sind dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung:

Der Alsergrund hat sich in dieser Legislaturperiode klar als Bezirk der Inklusion ausgesprochen. Im Bezirk gibt es zahlreiche Einrichtungen für ältere Menschen – Beispiel Altersheime in der Rossau. Der Bezirk ist Heimat von vielen Kindern und Jungeltern, denen ein barrierefreies Navigieren durch den Bezirk ein großes Anliegen ist. Wir haben zahlreiche Einrichtungen für Menschen mit Einschränkungen beim Sehen und in der Fortbewegung im Bezirk – wir wollen zur Sichtbarmachung und als Symbol der Inklusion als erster Bezirk Wiens einen barrierefreien inklusiven Wanderweg, der entsprechend markiert und ausgewiesen ist.

Wien, 16.02.2023



**Antrag von Damma Wos
und den Bezirksrät:innen O'Brien, Delitz, Kauf
zur Bezirksvertretungssitzung Alsergrund am 22. Februar 2023**

Betrifft: Freilegung des Mosaiks von Leherb in der Bücherei Alserbachstraße

Der für die Büchereien Wien zuständige Stadtrat Christoph Wiederkehr wird ersucht, das Mosaik von Maître Leherb, das anlässlich der Neuerrichtung der Bücherei Alsergrund in der Alserbachstraße 11 hinter einer Wand versteckt wurde, wieder freilegen zu lassen. Die Ergebnisse inklusive einer Kostenschätzung sollen in der Kulturkommission behandelt werden.

Begründung:

Helmut Maître Leherb (* 14. März 1933 in Wien; † 28. Juni 1997 in Wien) gestaltete, anlässlich der Eröffnung der Filiale der Zentralsparkasse in der Alserbachstraße 11, ein Mosaik. Dieses war immer sichtbar, solange die Räume als Bankfiliale genutzt wurden. Im Zuge des Umbaus der Räume und der Neugestaltung als Bücherei wurde das Mosaik verbaut.

Für den Bezirk ist es wichtig, eine Auseinandersetzung mit dem Künstler und dessen Bild in die Wege zu leiten und das Bild für die Bewohner:innen wieder sichtbar zu machen. Sollte sich im Rahmen der Freilegung der Bedarf ergeben, kann von der Kulturkommission eine Kontextualisierung des Werkes veranlasst werden.

**Antrag von Damma Wos
und den Bezirksrät:innen O'Brien, Delitz, Kauf
zur Bezirksvertretungssitzung Alsergrund am 22. Februar 2023**

Betrifft: Zweckmäßige Spurführung für Radfahrer:innen über die Kreuzung Lazarettgasse - Spitalgasse

Die zuständige Magistratische Dienststelle wird ersucht, den Mehrzweckstreifen zwischen Lazarettgasse und Sensengasse, stadteinwärts, zu begradigen. Eine Kostenschätzung soll der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Radfahrer:innen, die von der Lazarettgasse kommend die Spitalgasse Richtung Sensengasse überqueren, müssen, wenn sie den Bodenmarkierungen folgen, knapp vor der Sensengasse, zwei unnötige Richtungswechsel vornehmen (siehe Bild). Das führt immer wieder zu vermeidbaren, gefährlichen Situation zwischen Radfahrer:innen und Autofahrer:innen. Die Spurführung des Mehrzweckstreifens sollte daher so ausgeführt sein, dass Radfahrer:innen ohne Richtungswechsel in die Sensengasse einfahren können.



Antrag der Bezirksrät:innen Delitz, Kauf, O'Brien und Damma Wos

zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Februar 2023

Betrifft: Zusätzliche Kurzstreckenführung Linie 33

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht eine (zusätzliche) Kurzstreckenführung der Linie 33 (zwischen Augasse und Friedrich-Engels-Platz) rund um den morgendlichen Schulstart für die Zeit der Übersiedlung der Volksschule Marktgasse in die Leystraße zu veranlassen.

Begründung

Während der Generalsanierung der Volksschule Marktgasse ist es notwendig den Schulbetrieb für die Dauer von 2 Jahren in die Leystraße in den 20. Bezirk zu verlegen.

Die Kurzstreckenführung der Linie 33 Richtung Augasse stellt eine direkte Verbindung zwischen Lichtental und Leystraße her. Um die Erreichbarkeit des Übergangsquartiers mit öffentlichen Verkehrsmitteln bestmöglich sicherzustellen, wäre es wünschenswert diese Bim-Streckenführung, die aktuell nur an Wochenenden und zwischen 19:30 Uhr und 6 Uhr befahren wird, zumindest für die Zeit um den morgendlichen Schulbeginn zu nutzen. Das würde eine wesentliche Erleichterung für unsere Schüler:innen und deren Eltern darstellen.

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Begrünung Boltzmannngasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21 September 2022 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht zu prüfen, welche Arten von Begrünung sowie auch ob eine Erweiterung der vorhandenen Radabstellplätze im Bereich Boltzmannngasse / Strudelhofgasse bzw. Boltzmannngasse Richtung amerikanische Botschaft möglich sind. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.



Begründung

Die Erweiterung des Radweges ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist es auch im Hinblick auf das Phänomen der urban heat islands und die damit verbundene Hitzebildung in der Stadt nicht nachvollziehbar, warum auf den nunmehr reinen Betonflächen keine Art der Begrünung erfolgt ist.



Wien, 06.09.2022

Betrifft: Baumpflanzungen Müllnergasse

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 14. Dezember 2022 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht die Möglichkeit von Baumpflanzungen in der Müllnergasse zwischen Grünentorgasse und Seegasse zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung inklusive einer Kostenschätzung soll dem Umweltausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Die zuständige Magistratsabteilung soll ebenso prüfen inwiefern eine Finanzierung der Baumpflanzungen durch Fördertöpfe oder Ersatzpflanzungen (u.a. durch die Arbeiten beim AKH) erfolgen kann.

B E G R Ü N D U N G

Sowohl Seegasse Ecke Müllnergasse als auch Müllnergasse Ecke Pramergasse befinden sich Einrichtungen, die die Betreuung von Kleinkindern und Senior*innen gewährleisten - diese sind die vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft in Punkto Hitze. Momentan gibt es in diesem Abschnitt der Müllnergasse keinerlei Möglichkeit sich im Schatten vor der Sonne zu schützen, was besonders an heißen Tagen die Nutzung der Gasse als Verbindungsweg für hitzesensible Personen verunmöglicht. Es ist bekannt wie gravierend der Unterschied zwischen begrünten und unbegrünten Straßen an heißen Tagen sein kann - höhere Luftfeuchtigkeit und Schatten sind hier nur zwei Aspekte. Durch die Errichtung einer Baumreihe zwischen Seegasse und Grünentorgasse würde eine grüne und kühlere Verbindung vom Pensionistenheim vorbei am Kindergarten bis hin zur Servitenkirche und schlussendlich zur Porzellangasse ermöglicht. Dies würde nicht nur die Mobilität bestimmter Gruppen unterstützen, sondern durch bessere Aufenthaltsqualität auch zu einer Stärkung der Nachbarschaft beitragen.

Die budgetären Mittel des Alsergrunds für das Jahr 2023 sind zu einem überwiegenden Teil bereits für schon beschlossene Projekte veranschlagt. Die Mittel für Baumpflanzungen sind darüber hinaus nicht so umfangreich ausgestaltet um größere Projekte durchzuführen. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, auf zusätzliche Fördertöpfe oder notwendige Ersatzpflanzungen die durch Baumfällungen entstehen, zurückzugreifen.



Gemeinsam Alsergrund

Antrag von Damma Wos, Gemeinsam Alsergrund, Neos und Links zur Bezirksvertretungssitzung am
26. April 2023

Betrifft: Bau der U5 für Verkehrswende nutzen

Die zuständigen Magistratischen Dienststellen werden ersucht, die Verkehrsmaßnahmen, die im Zuge der Errichtung der U5 Station im Bereich Währinger Straße/Nußdorfer Straße/Spitalgasse notwendig werden, so zu gestalten, dass die neue Verkehrsorganisation für den motorisierten Individualverkehr, auch nach den Bauarbeiten, größtenteils beibehalten werden kann.

Die für die Baustelle beanspruchten öffentlichen Flächen sollen ^{nach Möglichkeit} nach Fertigstellung der U-Bahn Gebäude als Begegnungszonen, Rad- und Gehwege und/oder mit Grünbereichen gestaltet werden.

Begründung:

Die Gemeinde Wien hat in ihren Klimastrategien stets betont, dass der Ausbau von Radwegen und Grünflächen sowie die schrittweise Verdrängung von Autos aus der Stadt zu ihren Prioritäten gehören. Bis zum Jahr 2030 sollen demnach nur mehr 15 % der Wege in der Stadt mit dem Auto zurückgelegt werden. Im Zuge des Ausbaus der Linie U5 und der neuen U-Bahnstation im Arne Carlsson Park ergibt sich nun eine gute Gelegenheit, diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Die genauen Veränderungen der Verkehrswege im Zuge der Bauarbeiten sind noch nicht festgelegt, aber eines ist sicher: Sie werden zu einer Verringerung des Durchzugsverkehrs und damit zu einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Bereich des Arne-Carlsson-Parks führen. Aus Erfahrung in ähnlichen Situationen weiß man, dass 15–20% der Autofahrer:innen, nach anfängliche Staus und Zeitverlusten, mit einem Umstieg auf Öffis oder Rad reagieren. Eine Beibehaltung der neu geschaffenen Verkehrssituation bedeutet also in jedem Fall für die Zukunft eine spürbare Reduktion des Autoverkehrs, was für Bewohner:innen und Nutzer:innen des Parks bzw. der Gegend um den Park eine wesentlichen Verbesserung der Aufenthaltsqualität bedeuten würde.

Im Zuge des Ausbaus der Linie U5 und der Errichtung einer neuen U- Bahnstation im idyllischen Arne -Carlsson-Park muss eine sorgfältige Planung gewährleisten, dass die Fußgänger:innen die Station gefahrlos und komfortabel erreichen können.



Gemeinsam Alsergrund



Antrag von Damma Wos, Gemeinsam Alsergrund und Links
zur Bezirksvertretungssitzung am 26.4.2023

Betrifft: Ausbau Hauptradverkehrsweg Alserbachstraße

Die zuständigen Magistratischen Dienststellen werden ersucht, in der Alserbachstraße zwischen Friedensbrücke und Julius-Tandler-Platz, sowie zwischen Julius-Tandler-Platz und Liechtensteinstraße, stadtauswärts, baulich getrennte Einrichtungsradwege zu errichten.

Begründung:

Die beiden genannten Streckenabschnitte sind Teile des Wiener Hauptradverkehrsnetzes und werden auch sehr stark von Radfahrer:innen benutzt. Derzeit kommt es dort aber durch ein- und ausparkende Autos immer wieder zu Behinderungen des Radverkehrs, die ein gefahrloses Befahren der Alserbachstraße nicht erlauben.

Unabhängig von möglichen zukünftigen Umbauarbeiten im Bereich Julius-Tandler-Platz oder geplanten, neuen, U-Bahn-Bau-bedingten Verkehrsregelungen in der Nussdorfer Straße, leistet ein baulich getrennter Radweg in der Alserbachstraße auf jeden Fall einen Beitrag zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in Wien und trägt damit dazu bei, die Ziele des Fachkonzepts Mobilität früher zu erreichen.

Da es sich hierbei um einen Ausbau des bestehenden Radhauptverkehrsnetzes handelt, sind die Kosten für die Errichtung des baulich getrennten Radweges durch das Zentralbudget zu tragen.

Antrag von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos, Links und Grüne zur Bezirksvertretungssitzung am 26.04.2023

Betrifft: Sommerstraße Lichtental

Die zuständigen Magistratischen Dienststellen werden beauftragt, die Lichtentaler Gasse (zwischen Salzergasse und Wiesengasse) in den Sommermonaten Juni bis August für die Bevölkerung zu öffnen und deshalb für den motorisierten Individualverkehr zu sperren. Das Queren der Lichtentalergasse entlang der Marktgasse soll für den MIV weiterhin möglich sein.

Begründung:



Seit über zwei Jahren setzt sich die Agendagruppe Lichtental mit dem Konzept Superblock auseinander, das in Zukunft auch ein Ziel für das Grätzl ist. Als ersten Schritt soll daher ein Teilabschnitt im Zentrum des Lichtentals für den MIV gesperrt und den Menschen als zusätzlicher Raum zum zu Fuß gehen, zum Spielen und als Aufenthaltsfläche zur Verfügung gestellt werden. Diese Teilsperre soll sich zumindest auf die Sommermonate Juni bis August erstrecken. In diesem Zeitraum wird die Sommerstraße auf unterschiedliche Art und Weise bespielt. Veranstaltungen, Workshops, die Spielstraße von

Juvivo und verschiedene Formen von Tactical Urbanism stehen am Programm. All diese Formate werden auch dazu genutzt, um den wiedergewonnenen Raum, mit Blick auf ein Supergrätzl, mit den Bewohner:innen im Lichtental neu zu denken und zu planen. Das Ziel ist es Bürger:innenbeteiligung auf ein neues Niveau zu heben und dadurch unser Grätzl gemeinsam neu zu erschaffen.

Am 1. und 2. Juni findet die Spiel.Platz.Straße der Agendagruppe Lichtental statt, im Zuge dessen die Sommerstraße feierlich eröffnet werden könnte.

Antrag von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos, Links und ÖVP
zur Bezirksvertretungssitzung am 26.04.2023**Betrifft: Stromverteilerkasten im Lichtentaler Park**

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, die Errichtung eines Stromkastens auf der nördlichen Seite des Lichtentaler Park zu überprüfen. Die Ergebnisse inklusive Kostenschätzung sollen dem Umweltausschuss zugewiesen werden.

Begründung:

Der Lichtentaler Park ist das Herzstück des Lichtentals und beliebter Aufenthaltsort für alle Generationen. Auch etablieren sich der Park und die umliegenden Straßen zunehmend als gern genutzter Veranstaltungsort. Eine große Herausforderung für die Durchführung von Veranstaltungen ist jedoch der fehlende Stromanschluss im öffentlichen Raum. Um die Belebung des Lichtentals zu fördern und Freizeit- sowie Kulturveranstaltungen leichter zu ermöglichen, soll auf der nördlichen Seite des Parks ein Stromkasten errichtet werden.

Antrag von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos und Links zur Bezirksvertretungssitzung am 26.04.2023

Betrifft: Tempo 30 am Alsergrund - Worauf müssen wir warten?

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen magistratischen Dienststellen zu beauftragen, flächendeckend Tempo 30 am Alsergrund zu verordnen. Der öffentliche Verkehr kann gegebenenfalls von dieser Regelung ausgenommen werden.

Begründung:

Seit vielen Jahren fordert die Bezirksvertretung Alsergrund flächendeckendes Tempo 30 am Alsergrund. Obwohl stets auf laufende Gespräche verwiesen wird, ist seitdem leider kein erkennbarer Fortschritt zu verzeichnen.

Immer wieder hört man vonseiten der Stadtebene, dass eine flächendeckende Verordnung von Tempo 30 den öffentlichen Verkehr ausbremsen würde. Betrachtet man jedoch die Situation am Alsergrund, so scheint dieses Argument wenig stichhaltig. Durch den Alsergrund verlaufen etwas mehr als 16 Straßenbahnkilometer (in beide Richtungen gerechnet). Auf nur knapp über 20% dieser Strecke teilt sich die BIM die Straße mit dem motorisierten Individualverkehr. Auf den restlichen 80% wäre ein höheres Tempolimit für die Straßenbahn problemlos möglich.

Auch quert mit dem 40A tagsüber lediglich eine Buslinie den Alsergrund. Eine Reduktion von 50 auf 30 km/h würde auf der 1,6 km langen Strecke einen Zeitverlust von gerade einmal 1,2 Minuten bedeuten. Allerdings nur in dem Fall, man könnte die gesamte Strecke in einem Guss durchfahren. Aufgrund der zahlreichen Ampeln und Haltestellen und den damit verbundenen Brems- und Beschleunigungswegen, kann sogar mit einem weitaus geringeren Zeitverlust gerechnet werden.

Abseits dessen handelt es sich bei Tempo 30 um eine Maßnahmen, die von Verkehrsexpert:innen seit langer Zeit gefordert wird. Laut VCÖ führt eine Reduktion auf Tempo 30 zu mehr Verkehrssicherheit, weniger Lärm und einem besseren Verkehrsfluss.

Auch haben sich erst kürzlich Fachleute der TU Wien, der BOKU und der Uni Innsbruck in einem offenen Brief mit der Forderung einer Temporeduktion auf 100/80/30 an die Bundesregierung gewandt. Sie führen aus, dass diese Maßnahme effektiv bei der Reduktion von verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen, von Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr und der Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen ist.

Die Umsetzung von Tempo 30 scheitert offenkundig nicht am Mangel an guten Argumenten, sondern wohl eher am politischen Willen. Wir fordern daher, dass die Stadt Wien auch in dieser Frage die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in den Mittelpunkt stellt und dem langjährigen Wunsch nach Tempo 30 am Alsergrund, das insbesondere zu einer Erhöhung der Lebensqualität führen würde, nachkommt



Antrag der Bezirksrät:innen Delitz, Kauf, O'Brien, Damma Wos, Grüne und Links zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Februar 2023

Betrifft: Gemeindebaubenennung nach Lili Grün

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, den Gemeindebau in der Marktgasse 45 / Reynicekgasse 5 nach der Schriftstellerin und Schauspielerin - LILI GRÜN - zu benennen.
In formeller Hinsicht wird der Antrag der Kulturkommission zugewiesen.

Begründung

Lili Grün wurde am 3. Februar 1904 in Wien geboren und am 1. Juni 1942 im Vernichtungslager Maly Trostinez ermordet.

Grün wuchs als Tochter eines ungarischen Kaufmanns und als jüngstes von 4 Geschwistern im 15. Bezirk auf. Noch vor ihrem 18 Lebensjahr wurde sie zur Vollwaise.

Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule machte sie eine Ausbildung zur Kontoristin und arbeitete danach als Sekretärin. Nebenbei hat Grün damals Schauspielunterricht genommen.

Schon in jungen Jahren engagierte sich Lili Grün, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft stets mit Anfeindungen konfrontiert war, für ihre aber vor allem auch für die Rechte anderer und war unter anderem Teil der Bühne der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Ende der 1920er Jahre zog es Grün nach Berlin, wo sie neben Größen wie Ernst Busch und Annemarie Hase zur Kabarettszene der Stadt zählte. In den 30er Jahren war sie Mitglied des politisch-literarischen Kabarett-Kollektivs "Die Brücke", das später aufgrund seiner offenen politischen Kritik geschlossen wurde. Sie kehrte nach Wien zurück, nachdem sie 1931 an Tuberkulose erkrankt war und lebte - mit Unterbrechungen - bis zu ihrer Zwangsumsiedlung 1940 in einer Gemeindewohnung in der Marktgasse 45 im 9. Bezirk.

In ihrem Debütroman "Herz über Bord" verarbeitet sie ihre Erfahrungen in Berlin. Dieser erschien 1933 und wurde von den Kritikern in höchsten Tönen gelobt. Es folgten weitere Romane. Die Frauenfiguren in Grüns Werken gehörten stets zu den emanzipierten "neuen Frauen" der 20er Jahre. Darüber hinaus veröffentlichte Lili Grün zahlreiche Gedichte und Kurzprosa in unterschiedlichen deutschsprachigen Zeitungen.

Wegen der sich zunehmend wandelnden politischen Situation in Österreich reiste sie in den Jahren 1934 bis 1935 über Prag nach Paris, um ihrem literarischen Schaffen nachgehen zu können. Aufgrund ihrer sich verschlimmernden Krankheit war sie jedoch gezwungen wieder nach Wien zurückzukehren.

Nach dem März 1938 hatte Lili Grün als jüdische Schriftstellerin nahezu schlagartig keine Möglichkeit mehr zu publizieren. Verarmt und lungenkrank blieb ihr auch die Emigration ins rettende Ausland verwehrt. Nach mehreren 'Delogierungen' war sie zuletzt in einem 'Massenquartier' für Juden und Jüdinnen im 1. Wiener Bezirk untergebracht. Am 27. Mai 1942 wurde Lili Grün aus Wien deportiert und noch am Tag ihrer Ankunft im weißrussischen Maly Trostinec am 1. Juni 1942 ermordet.

Nächstes Jahr wäre der 120. Geburtstag von Lili Grün. Mit der Benennung des Gemeindebaus in der Marktgasse, in dem sie einige Jahre lebte, wollen wir einer Frau ein ehrendes Andenken schaffen, deren Geschichte und literarisches Schaffen viele Jahre "im Dunkeln" blieb.

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 26. April 2023

Ersatzpflanzungen im Rahmen des Masterplans Bäume der VAMED / AKH – Überprüfung von Standorten

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht folgende Standorte für Ersatzpflanzungen von Bäumen im Rahmen des Masterplans Bäume der VAMED zu überprüfen:

Lfd.Nr.	Standort	Anzahl	Anmerkungen
1	Wilhelm-Exner-Gasse	19	Die Grundlage der Überprüfung dieser Standorte ist das Konzept "Der Grüne Weg: eine durchgehende „3B“-Achse Projekt 3B Wilhelm-Exner-Gasse – Sobieskigasse, vom AKH bis zum Gürtel." Zum südlichen Teil der Wilhelm-Exner-Gasse wurde auf Basis dieses Konzepts in der Sitzung der Bezirksvertretung am 15.12.2021 ein Antrag betreffend "Grüner Weg durch den Alsergrund – Wilhelm-Exner-Gasse südlich der Währinger Straße" (Aktenzahl: BV-1483473/2021) beschlossen.
2	Fluchtgasse / Bleichergasse	6	In der Bleichergasse soll die Baumallee mit zwei Bäumen vervollständigt werden, am Ende soll vis-a-vis in der Parkspur durch einen dritten Baum ein „grünes Tor“ gebildet werden.
3	Widerhofergasse	3	Am Beginn der Widerhofergasse soll ein grüner Rastplatz, der mit 3 Bäumen eingerahmt ist, entstehen (Mini-Begegnungszone).
4	Altmüttergasse / Bereich Bertha-Löwi-Weg	3	Der Bertha-Löwi-Weg soll über die Altmüttergasse verbunden werden.
5	Galileigasse	3	Die Pflanzungen sollen in zwei bereits bestehenden Baumscheiben erfolgen. Eine dritte Baumscheibe soll im südlichen Drittel der Straße geschaffen werden.
6	Nußdorfer Straße zwischen	4	Die bereits begonnene Baumallee (Neupflanzungen im Jahr 2020) soll

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 26. April 2023

	Dreihackengasse und Säulengasse		fortgeführt werden.
7	Löblichgasse	4	Es soll geprüft werden, ob die Bäume auch südseitig gesetzt werden können.
8	Fuchsthallergasse	3	Die bereits begonnene Baumreihe (vom Gürtel kommend) soll fortgesetzt werden.
9	Nußdorfer Str., Alserbachstraße / Umfeld Markthalle	8	Die Möglichkeit den Baum in der Mitte des Platzes zu pflanzen soll überprüft werden.

Begründung:

Im Rahmen der anstehenden Bauprojekte am Areal des AKH müssen Bäume entfernt werden. Am Areal des AKH direkt werden so viele Baumpflanzungen wie möglich vorgenommen. Diese Auswahl der Standorte für die Ersatzpflanzungen von Bäumen außerhalb des Geländes des AKH erfolgte unter Einbindung der Lokalen Agenda 21 Alsergrund, insbesondere der Agendagruppe „Klimaschutz am Alsergrund“ und der Agendagruppe „Zukunft Nussdorfer Straße“.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund
und Neos Alsergrund zur Bezirks-
vertretungssitzung am 26.4.2023

neos

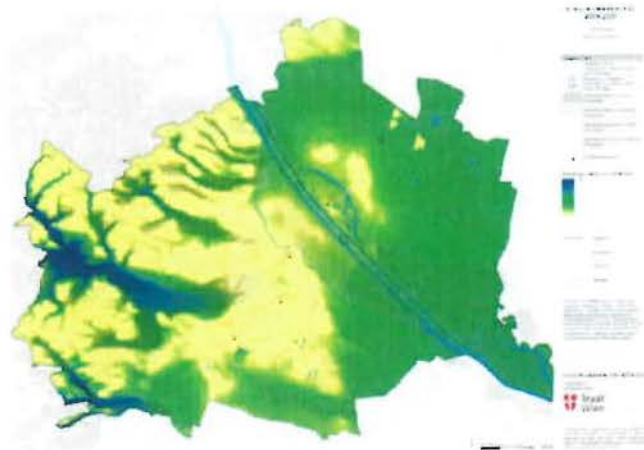


Betrifft: Vorsorge Erhalt der Frischluftzufuhr für den Alsergrund

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, basierend auf der *Stadtklimaanalyse für Wien 2020* bei künftigen Bauführungen und bei der Erarbeitung von Bebauungsplänen darauf Bedacht zu nehmen, dass die für den Alsergrund essenzielle Zufuhr von kühlender Luft aus dem Wiener Wald uneingeschränkt möglich bleibt. Dies soll auch bei der Errichtung temporärer Einrichtungen berücksichtigt werden.

Begründung:

In der Stadtklimaanalyse für Wien 2020 wurde vorausschauend eine wissenschaftlich fundierte Planungs- und Handlungsgrundlage für die Verortung nächtlicher Kaltluftströme erarbeitet.



Die letzten Sommer haben mit ihrer steigenden Anzahl an Hitzetagen klar gezeigt, wie wichtig die abendliche Frischluftzufuhr aus dem Wienerwald für den Alsergrund ist. Insbesondere im Bereich Lazarettgasse ist das ungestörte Einströmen von Kaltluft entlang des ehemaligen Alsbach-Tales wichtig für die Lebensqualität der Menschen, die hier wohnen.



Betrifft: Vorsorge gegen Baumschäden durch Trockenheit

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, basierend auf einer Analyse des Baumbestandes und dessen tatsächlichen Wasserbedarfs während der Hitzesaison 2022, einen Bewässerungsplan gegen das Vertrocknen und vorzeitige Altern der Bäume am Alsergrund für 2023 zu erarbeiten und entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Begründung:

Der Sommer 2022 war einer der heißesten seit Beginn der Messgeschichte. In Wien gab es 2022 laut Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) 31 Hitzetage, an denen mehr als 30 Grad gemessen wurden. Die große Hitze und Trockenheit hat nicht nur den Menschen, sondern auch den Bäumen stark zugesetzt. Der Bezirk hat in einzelnen Projekten erste Schritte gesetzt, um der Entstehung von Hitzeinseln entgegenzuwirken – diese sind aber nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“.

Großkronige Bäume sind die besten Klimaanlage in einer Stadt: sie spenden Schatten und kühlen durch Verdunstung von Wasser die Temperatur in der Umgebung. Dafür müssen sie jedoch ausreichend Wasser aufnehmen können. Zu Beginn der Vegetationsperiode und während langanhaltender Hitze und Trockenheit brauchen die Straßenbäume dringend ausreichend zusätzliche Bewässerung. Auch wenn die Bäume Hitzephasen überleben, können sie als Folge früher altern. Es ist dringend an der Zeit, heute wirksame Maßnahmen für die bestehenden und kommenden Generationen zu setzen. Um ein vorzeitiges Altern ebenso zu verhindern wie etwaige Risiken kurzfristigen Vertrocknens zu minimieren, soll auf Basis einer Analyse des Zustandes und der Standortgegebenheiten der Alsergrunder Straßenbäume deren tatsächlicher Wasserbedarf erhoben werden. Auf dieser Basis mögen die magistratischen Stellen für diese Saison einen Bewässerungsplan mit entsprechenden Priorisierungen vorlegen.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 26.4.2023



Betrifft: Lichtentaler Park Erweiterung

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund, Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 26. April 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht die Erweiterung des Lichtentaler Parks in der Lichtentaler Gasse zwischen Wiesengasse und Marktgasse, sowie eine Erhöhung der Sicherheit für PassantInnen auf der Kreuzung Lichtentaler Gasse/Marktgasse zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung sowie eine Kostenschätzung soll der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission präsentiert werden. Bei erfolgreicher Prüfung soll die Lokale Agenda Lichtental und alle AnrainerInnen in das Projekt miteinbezogen werden.

B E G R Ü N D U N G

Die Volksschule Marktgasse, die Lichtentaler Pfarrkirche und der Lichtentaler Park bilden das Zentrum des Grätzels Lichtental. Vor allem der Lichtentaler Park bietet Jugendlichen, Familien und allen Personen fast ganzjährig eine hohe Aufenthaltsqualität. Jedoch ist ein Wechsel zwischen den drei Orten trotz unmittelbarer Nähe nur mit Überquerung der Straßen möglich. Die Anbindung des Lichtentaler Parks an die Lichtentaler Pfarrkirche würde den zentralen Ort im Grätzel Lichtental wesentlich moderner gestalten und aufwerten. Eine zusätzliche Erhöhung der Sicherheit PassantInnen auf der Kreuzung Lichtentaler Gasse/Marktgasse mittels Bremsschwellen schafft eine zusätzliche Bindung der drei Orte ohne jedoch die Zufahrt zu der Schule einzuschränken. Diese ist vor allem während der Umbauarbeiten in der Volksschule Marktgasse notwendig.

Die Altstoffsammelcontainer für Biomüll bzw. Plastik und Metall in der Lichtentaler Gasse sollen in dem neuen Konzept jedenfalls erhalten bleiben und sofern notwendig versetzt werden.

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus der Sommerstraße in der Lichtentaler Gasse, sowie die bisherigen Überlegungen der Agenda Lichtental sollen in die Planung bei einer erfolgreichen Prüfung einfließen.



Betrifft: Artenvielfalt von Bäumen am Alsergrund überblicken, erhalten und ausbauen

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 26. April 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht am Alsergrund darauf Bedacht zu nehmen, dass eine Gesamtbetrachtung der Baumarten bei Neupflanzungen und Ersatzpflanzungen, bei der Auswahl der Baumarten, die gepflanzt werden, zugrunde gelegt wird und so nicht nur die Widerstandskraft der Bäume als Kriterium für die Auswahl der Baumart herangezogen wird, sondern auch eine Vielfalt erhalten bleibt oder ausgebaut wird. Dabei soll die Bedeutung der Baumarten für die Fauna am Alsergrund mitbedacht werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass darauf geachtet wird, dass bestimmte Baumarten in einem guten Altersmix vorhanden sind.

B E G R Ü N D U N G

Bei der Planung von Ersatz- und Neupflanzungen wird freilich die Widerstandskraft der Bäume gegenüber Umweltbedingungen berücksichtigt. Bäume sind allerdings nicht nur für die bessere Luftqualität oder als Schattenspenden bedeutsam. Die Erhaltung der Artenvielfalt und des natürlichen Lebensraums für Tiere und Pflanzen sind von großer Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht und müssen daher auch mitberücksichtigt werden. Insbesondere die Erhaltung der Biodiversität ist ein wichtiges Anliegen, um das Überleben vieler Tierarten und deren Lebensräume zu sichern. Daher ist es wichtig, dass bei Ersatz- und Neupflanzungen darauf geachtet wird, dass die neuen Bäume den Bedürfnissen der heimischen Tierarten gerecht werden.

Der gute Altersmix der Bäume ist notwendig, um sicherzustellen, dass nicht z.B. eine Baumart in derzeit großer Zahl, aber ungefähr gleich alt vorhanden ist und übersehen wird, dass wenn nicht rechtzeitig nachgepflanzt wird die Situation entsteht, dass die Bäume ungefähr zur selben Zeit ausgetauscht werden und dann nur Jungbäume vorhanden sind und keine älteren mehr, wodurch für Tiere der Lebensraum völlig wegfallen könnte. Ein Beispiel dafür ist die Waldohreule, die im Alten AKH lebt und die Föhren schätzt. Es ist wichtig zu prüfen, ob die vorhandenen Föhren alle ungefähr gleich alt sind und rechtzeitig zusätzliche gepflanzt werden, um zu gewährleisten, dass es langfristig diese für die Eulen und andere Tiere gibt.

Es ist auch wichtig, die Bedürfnisse von Spechten bei der Planung von Ersatz- und Neupflanzungen zu berücksichtigen, um eine ausgewogene und gesunde Umwelt zu schaffen. Nur so können wir sicherstellen, dass der Kreislauf der Bäume, Insekten und Tiere erhalten bleibt und die Artenvielfalt in unserer Stadt langfristig gesichert wird, denn die Rolle von Spechten bei der Schaffung von Höhlen ist sehr bedeutsam. Spechte sind Höhlenbrüter und ziehen ihre Jungen in Baumhöhlen auf. Durch ihren Höhlenbau tragen sie zur Anreicherung von Biotopholzstrukturen bei. Denn die Spechthöhlen dienen nicht nur zahlreichen anderen

Vogelarten als Brutstätte, sondern werden auch von verschiedenen Säugetieren wie z. B. dem Siebenschläfer, Fledermäusen und Insekten als Wohnraum genutzt. So nimmt der Specht als Schlüsselart eine besondere Rolle ein, indem er durch seine Holzarbeiten aktiv Schutz-, Brut- und Aufzuchträume für andere Tierarten schafft. Denn von den vielen nicht mehr selbst bewohnten oder halbfertigen Baumhöhlen profitiert am Ende eine Vielzahl anderer Tierarten. Ohne ausreichend Bäume, die von Spechten bearbeitet werden können, würde es diesen wichtigen Lebensraum nicht geben und es könnten sich viele Arten nicht erfolgreich reproduzieren. Daher ist es wichtig, bei der Planung von Ersatz- und Neupflanzungen auch die Bedürfnisse von Insekten und Spechten zu berücksichtigen, um eine ausgewogene und gesunde Umwelt zu schaffen. Nur so können wir sicherstellen, dass der Kreislauf der Bäume, Insekten und anderen Tiere erhalten bleibt und die Artenvielfalt in unserem Bezirk langfristig gesichert wird.

Betrifft: Keine Altstoffsammelstelle vor Porzellangasse 5-7

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 26.April 2023 folgenden

A N T R A G

Die magistratische Dienststelle 48 wird ersucht die bereits in Auftrag gegebene Altstoffsammelstelle vor Porzellangasse 5-7 nicht zu errichten.

B E G R Ü N D U N G

Es gibt ausreichend Altstoffsammelstellen in einer vertretbaren Gehentfernung, daher ist keine Altstoffsammelstelle vor Porzellangasse 5-7 erforderlich.

Anrainerinnen und Anrainer haben deutlich gemacht, dass sie diese Altstoffsammelstelle nicht wollen und brauchen. Auch ist der bereits markierte Standort in der Porzellangasse, wo ein besonderer Ensembleschutz besteht und vor die liebevoll gestaltete Apotheke, den Bridgeklub und auch in die Sichtachse des Gastgartens des Cafés in der Porzellangasse 3 völlig ungeeignet.

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Errichtung inklusiver Spielgeräte auf Spielplätzen am Alsergrund

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26. April 2023 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu überprüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen (Mindestfläche, Beschaffenheit; alle Kriterien) auf den Spielplätzen am Alsergrund die Errichtung inklusiver Spielgeräte möglich ist bzw. welche Art von inklusiven Spielgeräten im Bezirk umsetzbar sind. Die Vorschläge inklusive Kostenschätzung sollen dann dem Umweltausschuss zur genaueren Prüfung vorgelegt werden.

Begründung:

Die UN-Behindertenrechtskonventionen (2008) sieht die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen allen Lebensbereichen vor. Artikel 30 befasst sich explizit mit der Teilhabe am kulturellen Leben, sowie an Erholung, Freizeit und Sport.

Spielplätze sind für alle da. Jedes Kind hat das Recht sich auf einem Spielplatz aufzuhalten und die dort vorhandenen Geräte zu nutzen. Kinder mit Behinderungen müssen diese Möglichkeit ebenfalls haben. Mittlerweile gibt es auf einigen Wiener Spielplätzen einzelne Spielgeräte, die barrierefrei genutzt werden können. Dazu zählen: unterfahrbare Sandkiste, Rollstuhlschaukel, Rollstuhltaugliches Karussells, extrabreite Rutsche, taktile Elemente. Der Standort Liechtensteinpark wurde aufgrund der Größe ausgewählt und soll Vorbild für weitere Standorte sein.

Wien, 21.04.2023



Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Öffnung Busspur für den Radverkehr Fuchsthallergasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26. April 2023 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Busspur in der Fuchsthallergasse für den Radverkehr in Fahrtrichtung der Einbahn – nach Vorbild Burggasse, Neustiftgasse, uvm. – zu öffnen beziehungsweise einen Vorschlag vorzulegen, wie die Öffnung geschehen kann. Der Vorschlag inklusive Kostenschätzung soll der Verkehrskommission vorgelegt werden.

Begründung:

Die Busspur in der Fuchsthallergasse scheint die einzige Busspur in Innenbezirken zu sein, die sich nicht zur Öffnung für den Radverkehr eignet. Mit Antragsbeantwortung vom 21.2.2023 seitens der Stadträtin Sima kam eine abschlägige Stellungnahme, die nicht nachvollziehbar ist – das Argumentarium – „dass sich die Fuchsthallergasse vor allem aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht für eine Öffnung der Busspur eignet“, dass „bei der verkehrssicherheitstechnischen Überprüfung u.a. die Breite der Fahrstreifen, Abschätzung der Verkehrsbelastung, Intervalle des öffentlichen Verkehrsmittels...“ berücksichtigt wurden.

Diese Argumente sind bei den obgenannten Straßenzügen Neustift- und Burggasse ident und nicht nachvollziehbar. Sollte es Veränderungen brauchen – Parkplätze, Umbauten, usf. – dann ist das in dem Vorschlag mit aufzunehmen.

Wien. 21.04.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Aufwertung der äußeren Liechtensteinstraße durch neue Grünflächen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26. April 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Magistratsbehörden zu prüfen, an welchen Straßenabschnitten Möglichkeiten zur Schaffung von Grünflächen in der äußeren Liechtensteinstraße (nördlich der Newaldgasse) durch Reduktion von Kfz.-Parkflächen bestehen. Dabei ist darauf zu achten, die künftige Errichtung sicherer Radinfrastruktur nicht unmöglich zu machen. Die diesbezügliche Einschätzung der Örtlichkeit, die Anzahl der hierfür zu reduzierenden Parkplätze, der möglichen Art der Grüngestaltung, sowie eine Kostenschätzung dieser Maßnahmen sollen der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Die äußere Liechtensteinstraße besitzt aktuell sehr wenige Grünelemente, dies wirkt sich sehr negativ auf die Aufenthaltsqualität, die Attraktivität der Straße an sich, sowie auf das lokale Mikroklima und die Luftqualität aus. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse in der Liechtensteinstraße einerseits und andererseits mehrerer erfolgloser Versuche zur Verbesserung die Anzahl der Grünelemente ohne Parkplatzreduktion zu verwirklichen, soll nun eine gezielte Parkflächenreduktion geprüft werden um das Ziel einer grüneren Liechtensteinstraße realisieren zu können. Die Maßnahme würde auch einen Beitrag dazu leisten den nördlichen Teil des Alsergrunds aufzuwerten.

Wien, 21.04.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Änderung der Ampelschaltung Sechsschimmelgasse / Nussdorferstrasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26. April 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Magistratsbehörden, die Ampelschaltung für Fußgänger:innen aus Gründen der Verkehrssicherheit gleichzeitig mit dem übrigen Verkehr auf Grün zu stellen. Der Vorschlag soll der Verkehrskommission vorgelegt werden.



Begründung:

Beim Übergang Sechsschimmelgasse / Nussdorferstrasse müssen Fußgänger:innen aktuell nach der Grünschaltung für Autofahrer länger warten, bis auch für sie das Signal zum Überqueren der Straße erfolgt. Dies führt zu zahlreichem widerrechtlichen Überqueren des Schutzweges bei Rot.

Dieser Umstand birgt jedoch nicht nur ein hohes Sicherheitsrisiko, sondern steht auch im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen des Bezirks. Schließlich soll das Zufußgehen gefördert werden, um den Autoverkehr zu reduzieren und so die Emission von Treibhausgasen zu minimieren.

Es ist daher dringend geboten, dass die zuständigen Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Wartezeiten für Fußgänger:innen zu verkürzen und so die Sicherheit und Klimafreundlichkeit im Bezirk zu verbessern.

Wien, 21.04.2023

Betrifft: Antrag zur Verschiebung von Polizeisperren für verbesserte Aufenthaltsqualität auf der Ecke Boltzmannngasse/Alserbachstraße

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund, Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 21. Juni 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht zu veranlassen, dass die Absperrgitter der Polizei auf der Ecke Boltzmannngasse/Alserbachstraße, die zur Sicherung der amerikanischen Botschaft benötigt werden, an einem anderen Standort, der die Sitzgelegenheit für die Bevölkerung frei lässt und eine Mindestgehsteigbreite von 2m ermöglicht, abgestellt werden.

B E G R Ü N D U N G

Derzeit besteht eine sehr beengte Situation für die Nutzenden dieser Sitzbänke aufgrund der Platzierung der Polizeisperren. Die unmittelbare Nähe der Sperren führt zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit und mindert somit die Aufenthaltsqualität an diesem beliebten Ort für die Bürgerinnen und Bürger des Alsergrunds. Da die Absperrgitter scheinbar permanent bereit sein müssen, sollen diese keine Behinderung für zu Fuß gehende oder sich ausruhen wollende Menschen sein. Eine Möglichkeit wäre, die Gitter in die Parkspur Boltzmannngasse zu stellen.

Betrifft: Renovierung Gebäude Bezirksvorstehung

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 21. Juni 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, die Kosten und die Möglichkeiten von Förderungen für eine Renovierung des Gebäude der Bezirksvorstehung zu erstellen. Schwerpunkt soll dabei auf Energieeffizienz und Klimagerechtigkeit (zB. Fassadenbegrünung) gelegt werden. Auch der Wiener Altstadterhaltungsfonds soll dabei angefragt werden. Die Ergebnisse inklusive der Kostenschätzung sollen zur weiteren Beratung dem Finanzausschuss vorgelegt werden.

B E G R Ü N D U N G

Der Zustand des Gebäudes der Bezirksvorstehung ist dringend sanierungsbedürftig, sowohl optisch als auch in Hinsicht auf den Energieeffizienz. Gebäude der Stadt Wien sollten in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz mit guten Beispiel vorangehen. Wärmedämmungen führen mittelfristig zu Kosteneinsparungen bei den Heizkosten. Da das Gebäude der Bezirksvorstehung ein Aushängeschild für den Bezirk sein soll ist die Errichtung einer innovativen Begrünung wünschenswert.

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Abbiegen / Geradeaus bei Rot für Radfahrer:innen am Alsergrund

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Juni 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen die nachfolgenden ampelgeregelten Kreuzungen am Alsergrund, auf welchen es Radfahrer_innen auf Basis der letzten Novelle der STVO sowie auf Basis der Stadt Wien entwickelten Richtlinien ein Abbiegen bei Rot und ein Geradeausfahren bei Rot, ermöglicht werden kann, zu überprüfen.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses ersuchen wir um entsprechende Kennzeichnung und Übermittlung des Prüfungsergebnisses zur allfälligen Diskussion, Erweiterung oder Reduzierung an die Bezirksentwicklungskommission.

Rechts Abbiegen bei Rot:

- Währingerstrasse (stadteinwärts) in die Straße des Achten Mai
- Währingerstrasse (stadteinwärts) in die Schwarzspanierstraße
- Währingerstrasse (stadtauswärts) in die Nussdorferstraße
- Berggasse in die Liechtensteinstraße
- Liechtensteinstraße (stadteinwärts) in die Berggasse
- Liechtensteinstraße (stadtauswärts) in die Lichtenthaler Gasse
- Liechtensteinstraße (stadtauswärts) Richtung Josef-Holaubek-Platz
- Alserbachstraße in die Rotenlöwengasse
- Alserbachstraße in die Althanstraße
- Sensengasse / Spitalgasse
- Sensengasse / Währingerstraße

Fortsetzung – Rechts abbiegen bei Rot:

- Spitalgasse Richtung Lazarettgasse
- Pelikangasse Richtung Lazarettgasse
- Währingerstrasse (stadteinwärts) in die Sensengasse
- Nussdorfer Straße in die Sechsschimmelgasse
- Währingerstrasse (stadtauswärts) in die Berggasse
- Canisiusgasse - Nussdorfer Straße
- Nussdorfer Straße in die Alserbachstraße (ggf inkl Bike Box am Abbiegestreifen)

Geradeausfahren bei Rot

- Alserbachstrasse - Julius Tandler Platz
- Liechtensteinstraße - Lichtentalergasse stadteinwärts
- Währinger Gürtel – Weg stadtauswärts Höhe WG 101-106

Begründung:

Mit der 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) wurde ein Abbiegen und ein Geradeausfahren bei Rot für Radfahrer in Österreich ermöglicht. Seit Ende der Testphase wurden von der Stadt Wien neue verbindliche Richtlinien für Abbiegen bei Rot eingeführt. Diese sollen nun auf diese Kreuzungen angewendet und entsprechend umgesetzt werden.

Wien, 15.06.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: STOP-Schild und Markierung anstelle einer Ampel / Alserstraße / Pelikangasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Juni 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Magistratsbehörden, anstelle der geplanten Ampelanlage in der Alserstraße / Pelikangasse um ein Budget von >40k EUR ein STOP-Schild auf einem geeigneten Trägermedium – beispielsweise Überkopfaufsteller - zu montieren sowie eine entsprechende Straßenmarkierung vorzunehmen, um den Unfallpunkt beim Abbiegen zu entschärfen. Eine Kostenschätzung dieser Maßnahme sollen der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission vorgelegt werden.

Begründung:

Auf der Alserstraße sind zwischen der Kreuzung Langedasse und der Pelikangasse bereits zwei Ampelanlagen. In einem Bereich von rd 250 Metern eine dritte Ampelanlage zu errichten, stellt eine Verschwendung von Steuergeld dar, sofern die angestrebten Ziele auch mit weitaus kostengünstigeren Mitteln erreicht werden können.

Die seitens der MA46 als alternativlos bezeichnete Ampellösung soll durch diese kostengünstige Variante realisiert werden.

Wien, 15.06.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Ansage von Straßenbahnlinie und Fahrziel bei Straßenbahnstationen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Juni 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, eine akustische Ansage der einfahrenden Straßenbahnlinie und des Fahrziels – analog wie bei der Station Oper - bei der Straßenbahnstation Währingerstraße / Nussdorfer Straße / Spitalgasse zu prüfen und deren Umsetzung zu veranlassen.

Begründung:

Für blinde und sehbeeinträchtigte Menschen stellt die akustische Ankündigung der einfahrenden Straßenbahn eine Erleichterung des Alltags dar, sie ermöglicht ein schnelles Erkennen welche Linie gerade einfährt und welche Endstation die Straßenbahn ansteuert. Insbesondere in der Währinger Straße stadtauswärts ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Straßenbahnlinien auf der gleichen Trasse unterwegs und es ist für den sehgeschwachen Fahrgast daher mitunter schwierig die einfahrende Linie und das Fahrziel zu erkennen. In anderen Städten wie Linz oder auch bei der Station Kärntner Ring - Oper in Wien gibt es bereits Systeme der akustischen Ankündigung der einfahrenden Straßenbahn, eine derartige Umsetzung sollte daher auch für Stationen am Alsergrund wie beispielsweise bei der Station Spitalgasse (Linien 37, 38, 40, 41, 42) verfolgt werden.

Wien, 15.06.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Blindenschrift an Straßenbahn- und Bus-Stationen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Juni 2023 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, zur barrierefreien Gestaltung der Stadt bei allen künftig neu gebauten oder neu gestalteten Straßenbahn- und Bus-Stationen am Alsergrund Informationen in Blindenschrift anzubringen. Dies soll insbesondere bei der U5 Frankhplatz berücksichtigt werden, wo die Stationen der Straßenbahnlinien 43 und 44 neu gestaltet wird. Die Vorschläge der Umsetzung inklusive Kostenschätzung sollen dann der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung vorgelegt werden.

Begründung:

Die UN-Behindertenrechtskonventionen (2008) sieht die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen allen Lebensbereichen vor. Artikel 30 befasst sich explizit mit der Teilhabe am kulturellen Leben, sowie an Erholung, Freizeit und Sport.

Indem die Haltestellen der Wiener Linien mit Blindenschrift ausgestattet werden, wird es Blinden und sehbehinderten Menschen eine größere Teilhabe auch am öffentlichen Verkehr ermöglicht.

Wien, 15.06.2023



Antrag Damma Wos, Gemeinsam Alsergrund und ÖVP zur Bezirksvertretungssitzung
am 21.Juni 2023

Betrifft: Höhere Akzeptanz von Fugengrün am Alsergrund

Die zuständigen Magistratischen Dienststellen werden ersucht, Fugenvegetation in den Pflasterungen weniger konsequent zu entfernen als das derzeit der Fall ist. Vor allem niederwüchsiger Fugenbewuchs soll zukünftig weitestgehend belassen werden. Im Hinblick auf Klimaschutz, Klimawandelanpassung sowie Erhalt der Biodiversität erscheint eine geänderte Haltung diesbezüglich angebracht.

Da die Art des Fugenbewuchses davon abhängig ist, ob eine Pflasterung begangen oder befahren wird und mit welcher Intensität dies erfolgt, werden die zu setzenden Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Raumes unterschiedlich ausfallen. Um ein geeignetes Vorgehen mit den zuständigen Stellen zu besprechen, werden Vertreter:innen der Dienststellen gebeten im Umweltausschuss Vorschläge vorzustellen.

Begründung:

Fugenvegetation begünstigt die Aufnahme von Feuchtigkeit und trägt daher dazu bei, das Abfließen von Regenwasser zu verringern. Sie hat einen positiven Einfluss auf das Mikroklima (Verdunstungskühle) und kann zusätzlichen Lebensraum für Insekten bieten. Weiters kann eine Durchwurzelung des Fugenraums zu einer höheren Festigkeit der Pflasterung beitragen. Ein positiver Nebeneffekt ergibt sich auch dadurch, dass der Aufwand für die Instandhaltung von Pflasterungen reduziert wird, wenn durch den Entfall der mechanischen Reinigung weniger Fugensand abgetragen wird.

Antragsentwurf von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos und Neos Alsergrund zur Bezirksvertretungssitzung am 21. Juni 2023

Betrifft: Ein neuer Park für das Althangrätzl

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, ein gesamtheitliches Parkkonzept für die Grünflächen zwischen Liechtensteinstraße, Augasse und Althanstraße (siehe Bild) zu entwickeln. Dies soll die Entsiegelung von Verkehrsflächen, Abkühlungs- und Sitzmöglichkeiten, frei zugängliche Wiesenflächen und eine Hundezone umfassen. Weiters soll die Althanstraße (zwischen Augasse und Liechtensteinstraße) nicht mehr dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen. Das Konzept inklusive Kostenschätzung soll dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

** weitestgehend*

Der Bereich zwischen Liechtensteinstraße, Augasse und Althanstraße birgt ein enormes Potential für das gesamte Grätzl. Bereits jetzt gibt es hier viel entsiegelte Fläche und großkronige, schattenspendende Bäume. Allerdings kann der gesamte Bereich derzeit kaum als qualitätsvoller Aufenthaltsbereich genutzt werden, da es nur wenige Sitzgelegenheiten gibt, Grünflächen nicht betreten werden dürfen und die einzelnen Bereiche durch Verkehrsflächen voneinander abgeschnitten sind. Würde man die einzelnen Grünflächen miteinander verbinden und den Bereich der Althanstraße in eine Fußgänger*innenzone oder zumindest in eine Begegnungszone umwandeln, bzw. einen guten Teil davon entsiegeln, kann hier ein großer neuer Park für das Grätzl entstehen. Der Bereich des jetzigen Josef-Ludwig-Wolf Parks kann als Hundezone genutzt werden, wodurch etwaigen Nutzer*innenkonflikten vorgebeugt werden kann.





Antrag von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos und Grüne Alsergrund zur Bezirksvertretungssitzung am 21. Juni 2023

Betrifft: Sanierung inkl. Kostenübernahme Volksschule Hahngasse

Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr wird dringend ersucht gemeinsam mit den magistratischen Dienststellen zu veranlassen, dass die seit 2021/22 bestehende Volksschule Hahngasse, die zuvor eine Fachschule für wirtschaftliche Berufe war, komplett fertig saniert wird (inkl. aller Klassen- und Freizeiträume) und dem aktuellen Standard für einen modernen Unterricht entspricht. Die Kosten sollen, wie versprochen, von der Stadt übernommen werden.

Begründung

Der Alsergrund braucht für seine Kinder dringend moderne, nachhaltige und den zukünftigen Herausforderungen gewachsene Pflichtschulen. Wir wollen für unsere Kinder die beste Bildung, motivierte Pädagog:innen und dementsprechende Bildungsstandorte. Deshalb war die Freude auch groß, als 2019 dem Bezirk mitgeteilt wurde, dass eine neue Volksschule in der Hahngasse 35 entstehen und saniert übergeben werden sollte.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe übersiedelte nämlich 2019 von der Hahngasse 35 in die Dörfelstraße im 12. Wiener Gemeindebezirk. Dem Alsergrund wurde daraufhin versprochen, dass das Gebäude in der Hahngasse 35 zu einer neuen, modernen Volksschule im Bezirk werden soll. Da die Schule bisher auf Schüler:innen ab 15 Jahre ausgerichtet war und schon ein sehr altes Gebäude (BJ 1882/83) war, wurde dem Bezirk zugesagt, dass die Schule von der Stadt so umgebaut und fertig übergeben wird, dass ab dem Schuljahr 2020/21 bereits das Zentrum für Inklusiv- und Sonderpädagogik einziehen konnte, und ab dem Schuljahr 2021/22 die ersten Volksschüler:innen starten sollten und die Klassenanzahl jährlich steigen soll.

Allerdings scheinen jetzt doch einige Räume nicht entsprechend hergerichtet zu sein, von einer modernen Infrastruktur ist nicht die Rede und sukzessive soll jetzt der Bezirk die weiteren Sanierungskosten ohne jegliche Förderungen aus einem Schulsanierungsbudget finanzieren. Das Alsergrunder Bezirksbudget ist bereits durch die bisherigen und zukünftige Schulsanierungen schwer belastet, umso dringender ist es, dass neue Schulen aus dem Zentralbudget finanziert werden. https://www.meinbezirk.at/alserground/c-lokales/volksschule-hahngasse-wartet-auf-kinder_a4272996

Antrag der Bezirksrät:innen Kreutz, Doubek, Prack

und der SPÖ Alsergrund



zur Bezirksvertretungssitzung Alsergrund am 14.12.2022

Betrifft: Rote Box am Alsergrund

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál und der amtsführende Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport Peter Hacker, werden ersucht nach der äußerst positiven Evaluierung des Pilotprojekts Rote Box zur Bekämpfung von Periodenarmut dieses auch am Alsergrund gemeinsam mit dem Bezirk umzusetzen. Um mögliche Aufstellungsorte zu finden und um die konkrete Umsetzung zu planen, wird der Antrag der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales zugewiesen.

Begründung:

Bereits im März 2021 haben wir im Bezirk die Resolution „Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten“ beschlossen. Dies hatte zur positiven Folge, dass seither im Gebäude der Bezirksvorstehung in den öffentlich zugänglichen Toiletten Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso haben sich einige unserer Jugendeinrichtungen dem angeschlossen. Da jedoch laufend die Preise steigen und immer mehr Menschen, insbesondere auch Frauen, sich die Menstruationsartikel nur noch schwer leisten können, muss dies ausgebaut werden.

Im Herbst 2021 startete das Pilotprojekt Rote Box in der Brigittenau, wo armutsgefährdeten Frauen und Mädchen der freie Zugang zu Monatshygieneartikeln, wie Binden und Tampons, an 4 Standorten gewährleistet wurde.

Die Evaluierung zeigt nun: Das Projekt kam sehr gut an und die Nachfrage übertraf die Erwartungen. Es zeigt, dass Periodenarmut für viele Frauen und Mädchen ein großes Thema ist: Für 60% sind Menstruationsartikel eine finanzielle Belastung. Es gibt den Wunsch nach einer größeren Auswahl, wie auch nachhaltigere Artikel wie Menstruationstassen und Periodenslips, sowie nach einem niederschwelligeren Zugang (17%).

An dieses positive Feedback anschließend und da auch immer mehr Frauen und Menschen mit Uterus bei uns im Bezirk von Armut betroffen sind, soll das Projekt weitergeführt und auch am Alsergrund umgesetzt werden.

Antrag der Bezirksrät:innen Delitz, Kauf, O'Brien, Damma Wos und Links

zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Februar 2023

Betrifft: Walk of Fem am Alsergrund

Die Bezirksvertretung Alsergrund möge beschließen, dass in Anlehnung an das Projekt in Linz (auf der Ernst-Koref-Promenade) ein Walk of Fem am Alsergrund umgesetzt werden soll. Als Standort wird dafür der Fußgänger:innenweg entlang des Donaukanals zwischen Alsergarten und Diana-Budisavljević-Park vorgeschlagen. Der Antrag soll der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales zugewiesen werden und die Entwicklung des Projekts unter Einbeziehung der Bildungs- und Jugendeinrichtungen im Bezirk passieren.

Begründung

Am Alsergrund ist es uns ein zentrales Anliegen, die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen. Leider wird dies mit der Benennung von Straßen und Plätzen nur sehr langsam vorangetrieben. Aus diesem Grund wollen wir mit dem Walk of Fem eine neue Möglichkeit schaffen, um das Andenken von Frauen am Alsergrund im öffentlichen Raum zu würdigen.



Walk of Fem in Linz

Antrag der SPÖ & NEOS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21. Juni 2023

Betrifft: Baumpflanzungen in der Liechtensteinstraße im Zuge von Rohrleitungsarbeiten

Die Magistratsabteilung 31 Wiener Wasser plant in der Liechtensteinstraße im Abschnitt zwischen Berggasse und Pasteurgasse Rohrleitungsarbeiten durchzuführen. Im Rahmen der dafür notwendigen Baustellen sollen Baumpflanzungen mitgeplant werden.

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden daher ersucht zu überprüfen, wo in der Liechtensteinstraße im Abschnitt zwischen Berggasse und Pasteurgasse Baumpflanzungen möglich sind.

Dabei ist vorab zu prüfen, welcher Straßenraum künftig für die Verbesserung des hochrangigen Radwegnetzes durch Errichtung baulich getrennter Radwege in der Liechtensteinstraße im Baustellenabschnitt benötigt wird. Darauf ist bei den Baumpflanzungen Rücksicht zu nehmen.

Die Antragsbeantwortung und die Kostenschätzung soll dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden. Die vorgelegte Kostenschätzung soll beinhalten, welchen Anteil der Kosten durch die Magistratsabteilung 31 im Rahmen der Rohrleitungsarbeiten getragen werden.

Begründung:

Im Rahmen von Rohrleitungsarbeiten kommt es in der Regel zu größeren Baumarbeiten. Die dadurch notwendig werdende Neugestaltung der Oberfläche soll dazu genutzt werden, eine Begrünung herbeizuführen. Zudem können Teile der Kosten von der Stadt getragen werden, was günstigere Baumpflanzungen ermöglicht.



Antrag der Grünen – Grüne Alternative,
SPÖ, Neos, Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21.6.2023

**Betrifft: Superblock Mariannengasse - durch neue Verkehrsorganisation,
Raum für zukunfts- und klimafitte Gestaltung schaffen**

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden beauftragt, eine umfassende Aufwertung und Verkehrsberuhigung des Bezirksteils rund um den Med-Uni-Campus Mariannengasse (zwischen Alser Straße, Spitalgasse, Lazarettgasse und Hebragasse) für die Zeit nach dem Ende der Baustelle zu prüfen und die Ergebnisse sowie eine Kostenschätzung der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung vorzulegen. In der Folge soll dieser Entwurf auch unter Beteiligung der Grätzlbewohner:innen adaptiert werden können.

Folgende Punkte sollen dabei besondere Berücksichtigung finden:

- Vorrang für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen: Optimierung der Fuß- und Radverbindung durch das gesamte Grätzl, unter Beachtung bereits bestehender und durch den neuen Med-Uni-Campus auch künftiger Verbindungen zum AKH, zum Uni-Campus im Alten AKH, also auch in die umliegende Nachbarschaft.
- Verhinderung von Durchzugsverkehr durch das Grätzl durch verkehrsberuhigende Maßnahmen, unter Berücksichtigung einer Lösung für Einsatzfahrzeuge (zB durch umlegbare Poller), da die Zufahrt zu den Spitälern möglich bleiben muss.
- Neuorganisation des ruhenden Verkehrs: Dauerparken in nahegelegenen Garagen um Raum für Begrünung, mehr qualitätsvolle Aufenthaltsbereiche, barrierefreie Wege und gefahrenfreies Fahrradfahren auch gegen die Einbahn zu ermöglichen.
- Reduktion aktueller Hitzeinseln durch Baumpflanzungen und Begrünungen, wobei die vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen im Grätzl berücksichtigt werden sollen (insbesondere für die Baumfällungen im Zuge der Errichtung der Fernkältezentrale und andere).
- Gegebenenfalls können gestalterische Schritte auch in mehreren Schritten nach Fertigstellung der Baustellen erfolgen.
- Abrufen der unterschiedlichen Fördermöglichkeiten für Klimamaßnahmen, Fußgänger:innen- und Radfahrverbesserungen (zB Masterplan Gehen, Klimamusterstadt, ...).



Antrag der Grünen – Grüne Alternative,
SPÖ, Neos, Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21.6.2023

Begründung:

Das Grätzl rund um das Projekt Med-Uni-Campus Mariannengasse ist derzeit stark von der Baustelle belastet. Seit Beginn des Projektes gibt es durch den Baustellenverkehr Unterbrechungen des Durchzugsverkehrs und jahrelange gänzliche Halte- und Parkverbote für die Baustelleneinrichtungen. Das führt de facto zu einer massiven Reduktion der Parkplätze in Abschnitten der Mariannengasse, in der kompletten Höfergasse, Teilen der Rummelhardtgasse und Spitalgasse. Obwohl die Bewohner:innen diese Einschränkungen auf längere Zeit in Kauf nehmen müssen, scheint der ruhende Verkehr bis dato ohne wesentliche Beschwerden zu funktionieren. Zudem geht die Anzahl der angemeldeten PKWs am Alsergrund kontinuierlich zurück. Die bestehenden privaten und gewerblichen Garagen könnten zu einer weiteren Entlastung der Situation beitragen. Es ist daher dringend notwendig, eine Neuorganisation des ruhenden und fließenden Verkehrs, für die Zeit nach Fertigstellung des Projektes Med-Uni-Campus zu planen.

Die Mariannengasse ist eine wichtige Radverbindung, deren Bedeutung auch durch die Studierenden und Forschenden im Med-Uni-Campus steigen wird. Bei der Oberflächengestaltung sollten auch dringend Lösungen für die derzeit - aufgrund der engen Straßenquerschnitte - riskanten Radverbindungen gegen die Einbahnen gefunden werden.

Für die Weiterentwicklung des Bezirksteils werden - neben dem Med-Uni-Block auch die seit langem leerstehenden ÖBB-Liegenschaften Mariannengasse 16-20 (ehem. Sanatorium Loew) eine große Rolle spielen, die von einer Privatklinik übernommen wurden und ein Krebsforschungszentrum werden sollen.

Aufgrund der – neben der vorhandenen Wohnnutzung - hohen Dichte an Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitseinrichtungen im Bezirksteil, sollte das Grätzl mit Ende der Baustellen zukunfts- und klimafit gemacht werden und einen hohen Erholungswert für Anrainer:innen und Arbeitende aufweisen.

Auf Basis dieser Gegebenheiten finden sich hier ideale Voraussetzungen für ein „Supergrätzl“ im Sinne der [Smart Klima City Strategie Wiens](#), sowie des Wiener Klimafahrplans, wie sie nicht nur in Barcelona etabliert sind, sondern auch in Wien-Favoriten erprobt werden.



Betrifft: Evaluierung von Tempo-30-Zonen am Alsergrund

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden beauftragt, eine Evaluierung der Tempo-30-Zonen im Bezirk mit (mobilen) Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Dabei sollen vor allem folgende Strecken überprüft werden (priorisierte Reihenfolge):

1. Hörlgasse
2. Berggasse (nach Umbau auf Höhe Wasagasse)
3. Währinger Straße (zwischen Schwarzspanierstraße und Sensengasse)
4. Schwarzspanierstraße
5. Alserbachstraße
6. Sensengasse
7. Liechtensteinstraße (zwischen Alserbachstraße und Bauernfeldplatz)
8. Liechtensteinstraße (zwischen Alserbachstraße und Liechtenwerder Platz)

Die Ergebnisse sind der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung (und mit entsprechenden Empfehlungen zur Verbesserung der Zielerfüllung der T30-Zonen) vorzulegen.

Begründung:

Vom Kuratorium für Verkehrstechnik wurde von 2018 bis 2020 nachgewiesen, dass die erlaubte Geschwindigkeit in Tempo-30-Zonen von 71 Prozent und in Tempo-50-Zonen von fast der Hälfte der Verkehrsteilnehmer:innen überschritten wird. Es ist wichtig für die Bezirksvertretung Alsergrund, ein Bild davon zu haben, wo überhöhte Geschwindigkeit im Straßenverkehr trotz entsprechender Verordnungen zur Temporeduktion besonders gefährlich ist und wo weiterführende Maßnahmen notwendig sind. Für die genannten Abschnitte gibt es Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dass die T30-Überschreitung „normal“ geworden sei. Im Idealfall erfolgt die Evaluierung gleichzeitig mit einem Bericht der Bundespolizeidirektion Wien dazu.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative,
Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21.6.2023



Betrifft: Erhöhung der Aufenthaltsqualität am künftigen Ni-Una-Menos-Platz – orange Parkbänke gegen Gewalt an Frauen

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, im Zuge der Benennung des Ni-Una-Menos-Platzes begleitende Maßnahmen zu prüfen, um mehr Bewusstsein für das Thema Femizide, sowie Gewalt an Frauen im Allgemeinen zu schaffen, als auch gleichzeitig die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Im Rahmen der geplanten Eröffnung des beschlossenen Ni-Una-Menos-Platzes und idealerweise rechtzeitig vor Beginn der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2023 sollen folgende begleitende Maßnahmen geprüft werden:

- Bemalung der zwei bestehenden Bänke (in der Verlängerung der Fluchtgasse direkt angrenzend an die Grünfläche vor dem Cafe Nuss bzw. vis-a-vis der Nussdorfer Straße 5) mit oranger Farbe, sowie der Aufschrift: „Kein Platz für Gewalt an Frauen“, inkl. der Telefonnummer des Frauennotrufs mit entsprechendem QR-Code.
- Aufstellung von zwei neuen ebenfalls orangenen Einzelsesseln mit einem kleinen Tisch (im gleichen Design wie oben) am Spitz des künftigen Ni-Una-Menos-Platzes unmittelbar vor der Grünfläche.
- Gespräche, ob die geplante Entfernung der beiden Telefonzellen, zwischen dem Taxistand und der Grünfläche, doch vor 2025 erfolgen könnte.



Antrag der Grünen – Grüne Alternative,
Damma Wos und Gemeinsam Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 21.6.2023



Darüber hinaus soll im Zuge der Errichtung der künftigen U5-Station, unter Einbindung der Ni-Una-Menos-Bewegung Austria Spielraum für weitere gestalterische Maßnahmen geschaffen werden. Diese Maßnahmen könnten z.B. durch einen Projektwettbewerb über „KÖR - Kunst im öffentlichen Raum“ finanziert werden.

In der künftigen U5-Station soll im Ausgangsbereich ein Hinweisschild auf den „Ni-Una-Menos-Platz“ verweisen.

Ergebnisse der Prüfung sollen zur weiteren Beratung mit einer Kostenschätzung der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales vorgelegt werden.

Begründung:

Der Alsergrund hat mit der Benennung des derzeit in Umsetzung befindlichen Ni-Una-Menos-Platz, ein wichtiges Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt und erweckt international positive Aufmerksamkeit.

Aufgrund der Brisanz des Themas Femizide bzw. Gewalt an Frauen und Mädchen sollen auf dem künftigen Ni-Una-Menos-Platz auch Begleitmaßnahmen gesetzt werden. Es ist wichtig, das Thema aus der Tabuzone in die breite Öffentlichkeit zu tragen, die Hilfsangebote sichtbarer zu machen und gleichzeitig dem künftigen Ni-Una-Menos-Platz eine höhere Aufenthaltsqualität zu verleihen.

Orange steht für das Recht auf ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben und symbolisiert eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Farbe wurde 1991 im Zuge der UN-Kampagne „Orange The World“ festgelegt. Der 25. November wird als „Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“ und „Orange Day“ bezeichnet, der den Auftakt der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ von 25. November bis 10. Dezember darstellt.

Es gibt bereits einige orange Bänke weltweit, aber auch in Österreich. Ein aktuelles Beispiel ist die Aufstellung solcher Bänke vor dem Kosmos-Theater am Siebensternplatz in Wien Neubau am 25. November 2022. Diese Bänke könnten eine Vorlage für die neuen Bänke am Alsergrund sein.

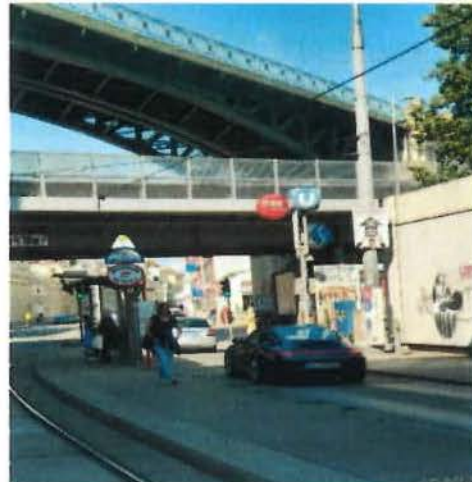
Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Entschleunigung des Fließverkehrs im Bereich der U4/U6/S-Bahn Station Spittelau auf der Heiligenstädter Straße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27. September 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, sowohl auf der stadtein- als auch stadtauswärtsführenden Fahrbahn der Heiligenstädter Straße eine Aufdoppelung der Fahrbahn auf das Niveau der Straßenbahninsel – sogenannte aufgedoppelte Haltestellenkap – zwecks Entschleunigung des Fließverkehrs zu errichten. Die Kosten sind der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung vorzulegen.



Begründung:

Im Bereich der U4/U6/Schnellbahn-Station Spittelau beim Ausgang Heiligenstädter Straße ist die Querung der Straße zur Straßenbahn-Haltestelle mitunter durch Autofahrer, welche die Geschwindigkeit von 50 km/h (deutlich) überschreiten, gefährlich. Die Gefährdung von Fußgänger_innen kann deutlich verringert werden, sofern diese sogenannten Temposchwellen errichtet werden.

Wien, 20.09.2023

**Antrag der SPÖ Alsergrund, ÖVP Alsergrund, NEOS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 27. September 2023**

Betrifft: Weihnachtsbaum Liechtensteinstraße

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht im Jahr 2023 auf der Freifläche/Gartenfläche vor dem Haus Liechtensteinstraße 74 wieder einen Weihnachtsbaum in der Adventszeit aufzustellen und zu beleuchten.

Begründung:

Das Haus Liechtensteinstraße 74, 1090 ist ein wenig zurückgesetzt. Davor befindet sich ein kleiner Garten. In diesem Garten ist über viele Jahre hinweg ein Christbaum gestanden. Aus unbekannten Gründen wurde in den letzten Jahren an dieser Stelle kein Christbaum mehr aufgestellt. Sowohl die Bewohner:innen als auch die Geschäftsleute dieser Gegend wünschen sich, dass ab heuer wieder jedes Jahr ein Christbaum auf dieser kleinen Grünfläche aufgestellt wird.

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 27. September 2023

Betrifft: „Coole Zone“ auch am Alsergrund

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht die Umsetzung des Projektes „Coole Zone“ am Alsergrund und eine Kostenübernahme im Rahmen des Pilotprojekts zu überprüfen und gemeinsam mit der Bezirksvorstehung geeignete Räumlichkeiten für die Einrichtung einer „Coolen Zone“ im 9. Wiener Gemeindebezirk zu bestimmen.

Begründung:

Während Hitzewellen lassen sich viele Wohnungen nicht mehr ausreichend kühlen und werden vor allem für vulnerable Bevölkerungsgruppen zur Hitzefalle. „Coole Zonen“ sind kühle Innenräume der Stadt Wien, in denen Wiener:innen der Sommerhitze in der Stadt und in ihren Wohnungen entfliehen können. In jenen Räumlichkeiten herrschen Temperaturen zwischen 20 und 24 Grad Celsius. Diesen Temperaturbereich empfinden Menschen als behaglich, der Körper ist keiner Belastung (Hitzestress) ausgesetzt. „Coole Zonen“ bieten daher den Menschen die Möglichkeit, einige Stunden kostenfrei und ohne Konsumzwang in kühlen Innenräumen zu verbringen und dem Körper eine Pause vom Hitzestress zu ermöglichen.

Das Projekt „Coole Zone“ wurde im Sommer 2023 erstmals im Rahmen des Hitzeaktionsplans der Stadt Wien umgesetzt. Die momentane Evaluierung der Pilotphase dient dazu, weitere mögliche Gebiete für die Einrichtung dieser Räumlichkeiten festzulegen. Ziel für die folgenden Sommer ist es, ein engmaschiges Netz besonders in Stadtteilen mit ausgeprägten Hitzeinsel-Effekten zu schaffen. Aktuell gibt es am Alsergrund noch keine „Coole Zone“.

Zusätzlich arbeitet die Implementierung von „Coolen Zonen“ folgenden Zielen für eine Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ (3) und „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ (11).

Antrag der SPÖ Alsergrund

zur Bezirksvertretungssitzung am 27. September 2023

Betrifft: Wärmestube am Alsergrund eröffnen

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, gemeinsam mit der Bezirksvorstehung geeignete Räumlichkeiten für die Einrichtung einer Wärmestube im 9. Wiener Gemeindebezirk zu bestimmen und die Möglichkeiten der Inbetriebnahme einer solchen zu prüfen.

Begründung:

Menschen in Notsituationen dürfen nicht alleine gelassen werden. Aus diesem Grund und um die für obdachlose Menschen besonders harte Zeit zu überbrücken, erweitert die Wiener Wohnungslosenhilfe im Winter ihr Platzangebot. Jedes Jahr werden im Rahmen des FSW-Winterpakets Wärmestuben und Nachtquartiere eröffnet. Von November bis Ende April stehen daher rund 1.000 zusätzliche Plätze in Notquartieren zur Verfügung. Sie verstärken in der kältesten Jahreszeit das breite Angebot im niederschweligen Bereich. Alle Notquartiere werden im 24-Stunden-Betrieb geführt und bieten neben warmen Schlafplätzen auch Tagesaufenthalt und Verpflegung.

Die bestehenden Tageszentren werden durch Wärmestuben ergänzt. Drei solcher zusätzlichen Wärmestuben bieten neben dem 24-Stunden-Betrieb in den Notquartieren Raum für rund 250 Personen und ergänzen so die bestehenden neun Tageszentren. Am Alsergrund gibt es trotz des vorhandenen Bedarfs noch keine solche Wärmestube.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund
und LINKS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 27.9.2023

LINKS



Betrifft: Hörlgasse – dauerhafte Reduktion auf zwei Fahrspuren

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, in der Hörlgasse die Reduktion auf zwei Fahrspuren, die schon vor mehr als einem Jahr durch eine Kranaufstellung vor ONr.7 (Ecke Liechtensteinstraße) punktuell erfolgte, nach Abbau dieses Krans beizubehalten und auf der gesamten Hörlgasse entsprechende Vorkehrungen für eine durchgehende Reduktion auf zwei Fahrspuren, zu Gunsten von sicherer Radinfrastruktur, sowie Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität zu treffen.

Entsprechende Planungen sollen inkl. Kostenschätzung der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Behandlung vorgelegt werden.

Begründung

Die baustellenbedingte Engstelle und damit der Ansatz einer Spurreduktion hat sich – offensichtlich ohne tatsächliche verkehrstechnische Behinderung – bewährt und zu einer Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität der Menschen im Grätzl beigetragen. Diese Situation soll durch eine dauerhafte Reduktion der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr in der Hörlgasse nachhaltig gesichert werden. Entsprechende Anträge wurden bereits im März 2020 und April 2021 von den Grünen in der Bezirksvertretung eingebracht und mehrheitlich beschlossen.

Der Erfolg des seinerzeitigen „pop-up-Radweges“ wurde in einer Beantwortung der MA46 vom 30.7.2020 bestätigt (AZ.MA46-ALLG/566677/2020/POC/MAE). Der Bedarf an sicherer Fahrradinfrastruktur in dieser Straßenverbindung ist seither nicht gesunken, sondern die Nutzung der vorhandenen Fahrradinfrastruktur in Wien ist seit der Corona-Krise noch gestiegen. Die künftige Verkehrsorganisation in der Hörlgasse und in der Straße des Achten Mais wird spätestens mit der Fertigstellung der U5-Baustelle Universitätsstraße neu zu gestalten sein und sollte daher rechtzeitig mit den Planungen zur Wiederherstellung der Oberfläche dort koordiniert werden. Bereits erreichte Verkehrsreduktionen sollen im Sinne des Wiener Klimafahrplans nicht zurückgenommen werden.

Betrifft: Begrünung Wartehäuser

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 27. September 2023 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, die Begrünung von Wartehäuschen der Wiener Linien und der Gewista am Alsergrund zu prüfen und an geeigneten bestehenden und neuen Standorten umzusetzen. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

B E G R Ü N D U N G

Der Alsergrund verfügt über zahlreiche Hitzeinseln und die hohe Belastung hat sich im vergangenen Sommer erst wieder gezeigt. Diese wird in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen und daher sind umfassende Abhilfemaßnahmen erforderlich. Eine Begrünung von Wartehäuschen ist dabei ein einfaches Mittel, um die Umgebungstemperatur zu senken und für ein besseres Mikroklima zu sorgen.



Im Zuge diverser Maßnahmenpakets wurde auch die Begrünung von Wartehäuschen bzw. Wartehallen der Wiener Linien als einfach umzusetzende Maßnahme vorgeschlagen und die Wiener Linien haben zuletzt kommuniziert¹, dass nach der erfolgreichen Erprobung ein Konzept, bei dem Wartehäuser mit pflegeleichten Sedum-Pflanzen begrünt werden, umgesetzt werden soll.

¹ DiePresse, 01.09.2023: <https://www.diepresse.com/14432573/wiener-wartehaeuschen-sollen-begrueut-werden>

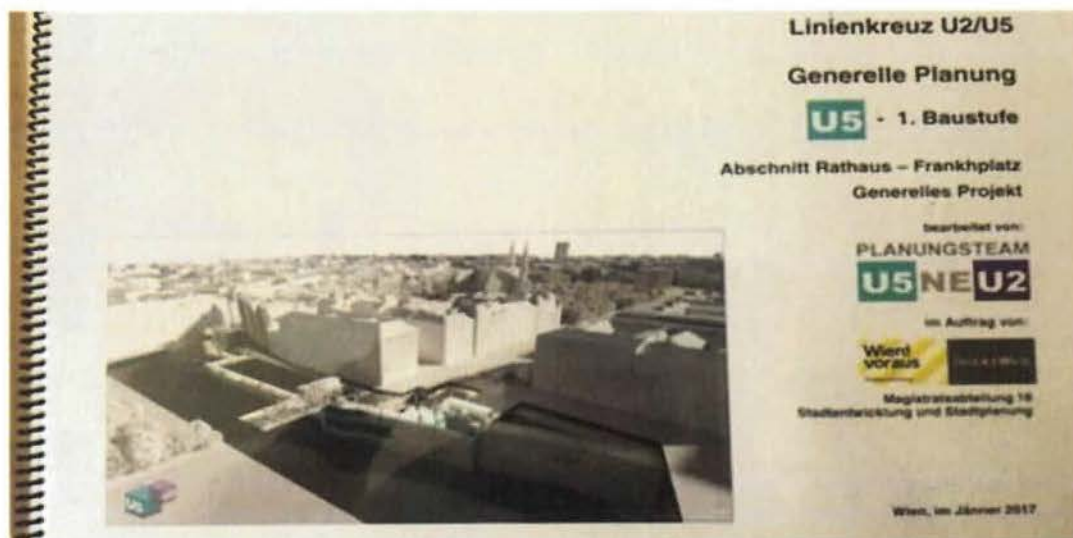
Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Bereitstellung und Übermittlung der Planungsunterlage „Generelle Planung U5 – Bauabschnitt 2“ – Arne Karlsson Park

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27. September 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, insbesondere die MA18, die Planungsunterlage für die zweiten Baustufe der U5 zeitnah an die Bezirksvertretung zu übermitteln. Mit dem Dokument „Generelle Planung“ wurden bereits vor einiger Zeit die Wiener Linien für die weitere Planung der U5 – Bauabschnitt 2 beauftragt. Die Bezirksvertretung verlangt, umgehend Einsicht in dieses Dokument nehmen zu können.



Begründung:

Die Fraktionen der Bezirksvertretung wollen den Stand der Planung zum Zeitpunkt der Beauftragung der Wiener Linien wissen. Analog zur Baustufe 1, die zumindest drei Jahre vor Baubeginn vorgelegt wurde ist nunmehr die Generelle Planung zur zweiten Baustufe vorzulegen

Wien, 20.9.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Indoor Spielplatz

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27. September 2023 folgenden

ANTRAG



Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, zu überprüfen, an welchen Standorten im Bezirk die Errichtung eines Indoor Spielplatzes, nach Vorbild von bereits in Wien 1070 bestehenden Standorten, errichtet werden kann. Die Ergebnisse samt Kostenschätzung sind der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales (BIDS) vorzulegen.

Begründung:

Kinder haben auch bei Schlechtwetter und in der kalten Jahreszeit einen Bedarf an Bewegung und Begegnung. Mit einem Indoorspielplatz, der für Kinder und Familien im Bezirk zugänglich ist können diese Anforderungen erfüllt werden. Bereits umgesetzte Indoorspielplätze gibt es bereits im 7. Bezirk, wo dieser von der Bezirksvorstehung umgesetzt wurde.

In 1070 ist der Betreiber: Cult- Jugendarbeit wirkt (Jugendzentrum in 1070). Die Verwaltung (inklusive Planung etc.) obliegt dem Kiebitz Kinderzentrum, deren Vertreterin Barbara Matschnig gerne auch dem Alsergrund für alle Fragen – insbesondere der Finanzierung - zur Verfügung steht.

Wien, 20.09.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Aufstellen der mobilen Geschwindigkeitsanzeige an neuralgischen Punkten im Bezirk und Veröffentlichung der Daten

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27. September 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die Bezirksvertretung ^{vorschluss} um das Aufstellen der bezirkseigenen mobilen Geschwindigkeitsanzeige an neuralgischen Punkten im Bezirk. Diese neuralgischen Punkte mögen der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur Diskussion vorgelegt werden. ^{+ cons. f. b.}

Die Ergebnisse der Messungen an den verschiedenen Messpunkten sind auszuwerten und der Öffentlichkeit auf der Bezirkshomepage und/oder der Stadt Wien Homepage im Rahmen des Open Government Data Projektes zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Am Alsergrund sind laut Lärmkataster Straßen wie die Nussdorfer Strasse, Alserbachstrasse, und Währinger Strasse einem Lärmpegel von über 75 db durch den Straßenverkehr ausgesetzt. Die gesundheitlichen Folgen sind bekannt. Der MIV mit seiner Geschwindigkeit ist die Hauptursache für Lärm im Bezirk. Ein Absenken des Lärmpegels würden der Gesamtgesundheit und der Lebensqualität am Alsergrund zu Gute kommen. Auch werden die geltenden Abstandsregeln zu schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen wie RadfahrerInnen in Relation zur Geschwindigkeit nicht eingehalten. Hier sind vor allem die Hauptverkehrsradrouten zu untersuchen. In weiterer Folge sollen auf dieser Datenbasis geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im Bezirk getroffen werden. Diese Daten sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Open Government Data Projekts der Stadt Wien öffentlich zugänglich gemacht werden. „Open Government Data (OGD) in Wien bedeutet, dass die Stadt Zahlen und Daten der Verwaltung öffentlich für jegliche Nutzung zur Verfügung stellt. Dabei gilt das Leitprinzip „open by default“

Info zu den Varianten und Open Government Data der Stadt Wien:

Lärmkataster:

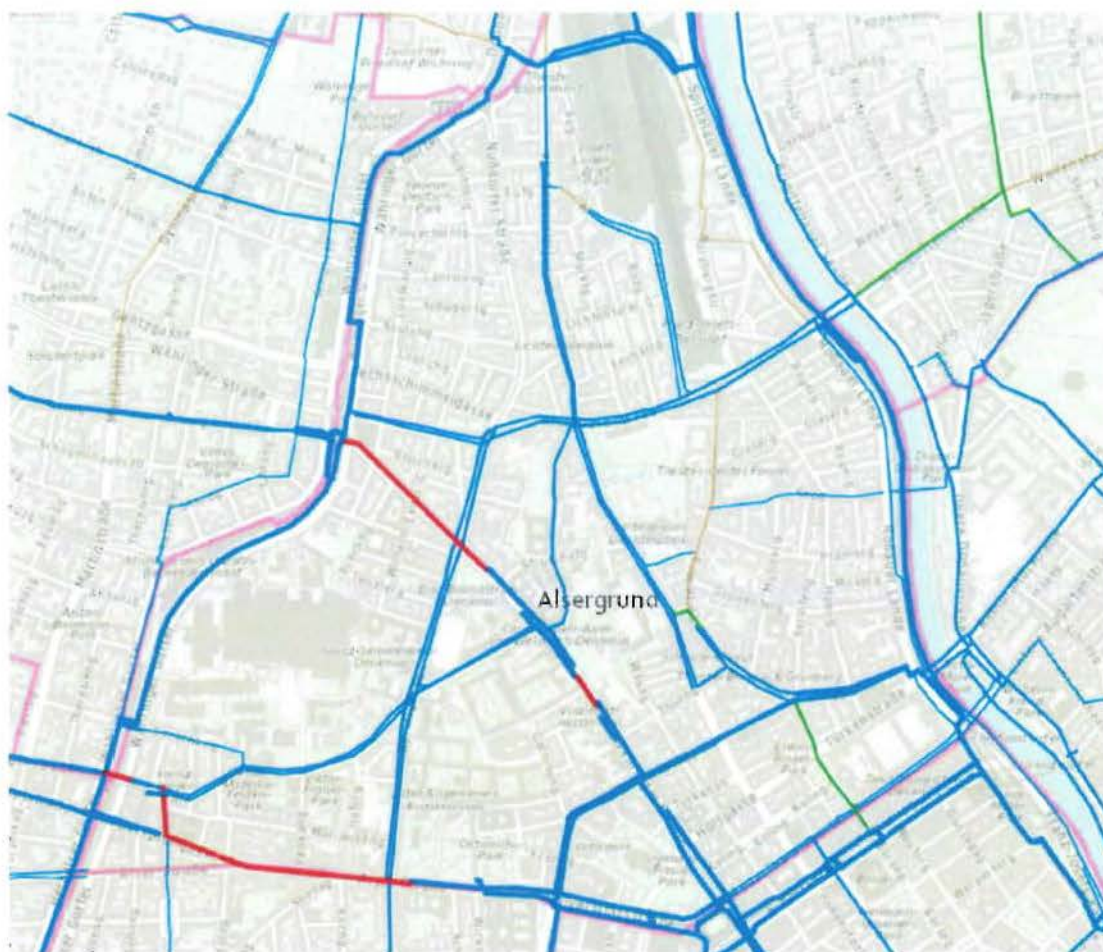
(https://maps.laerminfo.at/?g_card=landesstrasse_22_24h)



Hauptnetz

Wien

<https://wien.maps.arcgis.com/apps/Cascade/index.html?appid=f400119bdfd145de92065e9d77aeea92>



Open Government Data Projekt der Stadt Wien

<https://digitales.wien.gv.at/open-data/>

Wien, 20.09.2023

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Fahrverbot Universitätsstraße – Erhöhung der Sicherheit für Fußgeher_innen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27. September 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien, das Fahrverbot in der Universitätsstraße besser zu beschildern – zusätzliches Verbotsschild straßenmittig – sowie die irreführenden Boden- und Ampelmarkierungen im Kreuzungsbereich stadteinwärts zu entfernen und gewährleisten, dass sowohl das Fahrverbot als auch das Tempolimit durchgesetzt werden.



* auswärts
Caro Fey

Begründung:

Im Bereich Universitätsstraße 2-10 ist zusätzlich zur Zone 30 auch ein Fahrverbot mit Zusatzschild „Zufahrt gestattet ausgenommen Rad“ verordnet.

Dieses Fahrverbot wird regelmäßig und rigoros ignoriert und auch die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h und auch 50 km/h oftmals überschritten. Personen, die von der Haltestelleninsel der Straßenbahnlinien 43 und 44, auf den Gehsteig queren, sind aufgrund der baulichen Einrichtungen – Radweg, Parkstreifen, Fahrbahn, leicht zu übersehen.

Die Universitätsstraße wird von manchen Navigationssystemen immer noch als durchgängig angezeigt, zahlreiche Autofahrer verwenden die Universitätsstraße als Abkürzung zum Rooseveltplatz – Frankhgasse. Weder eine Meldung bei der „Sags Wien APP“ noch die Aufforderung der Bezirksvorstehung nach besserer Kontrolle durch die Polizei hat eine Verbesserung der gefährlichen Situation erwirkt. Insofern muss eine klare Beschilderung und Markierung erfolgen.

Wien, 20.09.2023

Antrag von Gemeinsam Alsergrund, Damma Wos, Links und Neos und ÖVP Alsergrund + SPO⁴

Betrifft: Überfraktionelles Leitbild und Umsetzungsplan

Die Bezirksvertretung Alsergrund beschließt die fraktionsübergreifende Entwicklung eines Leitbilds zur schrittweisen Umsetzung des "Masterplan Gehen". Der "Masterplan Gehen" sowie die Förderung der Klimamusterstadt sind eine wichtige Grundlage für die nachhaltige und sozial gerechte Gestaltung des öffentlichen Raums mit einem klaren Fokus auf aktive Mobilität. Das gemeinsam zu erarbeitende Leitbild soll der Bezirksvertretung als Richtschnur dienen, um den heute beschlossenen Masterplan sowie Maßnahmen zum Klimamusterbezirk Alsergrund in den nächsten Jahren auch tatsächlich zu realisieren und den Einsatz unserer Budgetmittel vorausschauend zu planen. Die zuständigen Magistratischen Dienststellen werden ersucht, die aus dem gemeinsam zu erarbeitendem Leitbild entstandenen Projekte zu prüfen und Kostenschätzungen in der Verkehr- und Bezirksentwicklungskommission vorzulegen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren sind größere Umgestaltungsprojekte in unserem Bezirk oft an nicht ausreichenden Budgetmitteln gescheitert. Die aktuelle Fördermöglichkeit durch die „Klimamusterstadt“ in Verbindung mit dem „Masterplan Gehen“ eröffnet uns die Chance, zahlreiche Projekte - die zum Teil schon vor Jahren beschlossen wurden - nun tatsächlich zu realisieren. Dies stellt eine bedeutsame Möglichkeit für die langfristige Entwicklung des öffentlichen Raums in unserem Bezirk dar.

Es ist unser gemeinsames Anliegen, den öffentlichen Raum nachhaltig, klimafreundlich und sozial gerecht zu gestalten. Daher soll ein fraktionsübergreifendes Leitbild entwickelt werden, das langfristige Projekte für die Umgestaltung unseres Bezirks festlegt. Dieses Leitbild soll nicht nur als Grundlage für die Planung unserer Budgetmittel in den kommenden Jahren dienen, sondern auch als Richtschnur für die jährliche Umsetzung konkreter Projekte.

Das Leitbild soll in Zusammenarbeit aller Fraktionen entwickelt werden. Es soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- 1) Zielsetzung und langfristige Projekte: Festlegung von langfristigen Projekten, die über die nächsten Jahre umgesetzt werden sollen.
- 2) Prozess zur Festlegung des jährlichen Umsetzungsplans: Der Umsetzungsplan soll in jedem Jahr frühzeitig festgelegt werden, um ausreichend Zeit für die Einholung von Kosten und Planungen zu haben.
- 3) Einbindung von BewohnerInnen und StakeholderInnen: Festlegung, dass bei der Planung von Projekten auf die Expertise und Wünsche unterschiedlicher StakeholderInnen und BewohnerInnen zurückgegriffen wird, insbesondere auf die Expertise der lokalen Agendagruppen.

Mit der Erarbeitung des Leitbilds soll zeitnah begonnen werden, um dieses spätestens in der Bezirksvertretungssitzung im Juni 2024 beschließen zu können.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund,
SPÖ Alsergrund, Gemeinsam Alsergrund
und LINKS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 6.12.2023



Betrifft: Sicherer Radweg und Verkehrsberuhigung in der Alser Straße und Universitätsstraße

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, anlässlich der Baustelle zum Linienkreuz U2xU5 im Bereich Frankhplatz/Landesgerichtsstraße und im Rahmen der aktuellen Fahrradoffensive in Wien auf der Alser Straße (ab Höhe Spitalgasse) und der Universitätsstraße bis zur Schottenpassage (Anschluss Ringradweg, Übergang in den 1. Bezirk sollte mitgeplant werden) eine neue Verkehrsführung zu prüfen, um eine sichere (vom motorisierten Individualverkehr getrennte) Radverbindung zu ermöglichen. Die Möglichmachung einer Verlängerung der sicheren Radroute bis zum Gürtel soll dabei miteingeplant werden. Weiters sollen Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität und zur Verminderung der Auswirkungen der Klimakrise (Hitzeinseln) getroffen werden.

Eine bauliche Umsetzung in Abschnitten (zb zuerst von Schottentor bis Frankhplatz, später bis Spitalgasse) ist dabei mitzuprüfen. Die Ergebnisse der Prüfung sind inkl. Kostenschätzungen der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung

1. Die Alser Straße und Universitätsstraße sind Teil des Hauptradverkehrsnetzes der Stadt Wien. Somit wird dieser Verbindung Priorität seitens der Stadtregierung eingeräumt.
2. Um die im Wiener Klimafahrplan gesetzten Ziele¹ zu erreichen, muss auch die Infrastruktur entsprechend angepasst werden:

Folgendes CO₂-Leitziel ist in der Smart City Strategie Wien für die Mobilität verankert:

- Die CO₂-Emissionen des Mobilitätssektors sinken pro Kopf um 50 Prozent bis 2030 und um 100 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

¹ Wiener Klimafahrplan S 50

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund,
SPÖ Alsergrund, Gemeinsam Alsergrund
und LINKS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung am 6.12.2023



Zusätzlich wurden in der Smart City Strategie folgende weitere Ziele formuliert, die zum einen die Erfüllung des oben genannten CO₂-Leitziels im Jahr 2030 absichern sollen und zum anderen weitere Ziele einer lebenswerten und innovationsfreundlichen Stadt verfolgen:

- *Wirtschaftsverkehre innerhalb des Stadtgebietes sind 2030 weitgehend CO₂-frei.*
- *Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.*

3. Die genannte Strecke ist für den Radverkehr ein wichtiges Bindeglied zwischen den Ausenbezirken und der Inneren Stadt. Außerdem münden weitere Radwege und -routen hier ein (Landesgerichtsstraße, Lange Gasse, etc.) und es bedarf einer sicheren und leistungsfähigen Verbindung. Auch aufgrund der Vielzahl an universitären Einrichtungen in diesem Bereich braucht es attraktive Wege und hohe Aufenthaltsqualität in diesem Bereich.

4. Durch den Entfall (zumindest) einer Parkspur oder ähnlichen Verkehrsneuplanungen kommt der Bezirk dem Ziel der programmatisch postulierten fairen Verteilung des öffentlichen Raums einen wichtigen Schritt näher.

5. Im Sinne des oftmals erwähnten „größten Klimaschutzprojektes der Stadt Wien“ braucht es neben der klimafreundlichen Fortbewegung im Untergrund nach der Baustelle auch eine Veränderung an der Oberfläche, um umweltfreundliche Mobilität und den erhofften Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel weiter zu fördern und zu ermöglichen.

6. Die derzeitige Baustelle mit ihren Autoverkehrseinschränkungen zeigt, dass es hier auch mit Spurreduktionen und Straßensperren zu keinem stadtweiten Verkehrskollaps kommt. Die Auswirkungen einer Umverteilung des Straßenraums dürften demnach für den Autoverkehr nur sehr gering ausfallen und gleichzeitige eine sehr hohe Verbesserung für Radfahrende und Fußgänger:innen mit sich bringen.

Antrag der Grünen – Grüne Alternative Alsergrund,
SPÖ Alsergrund und LINKS Alsergrund
zur Bezirksvertretungssitzung
am 6. Dezember 2023



Betrifft: Sofortmaßnahmen - Schulwegsicherung Volksschule Hahngasse

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, umgehend Sofort-Maßnahmen zur Sicherung des Schulweges und des Schulvorplatzes vor der Volksschule Hahngasse umzusetzen. Dazu zählen die Erstellung eines Schulwegplanes zur Einschätzung von Gefahrenstellen im Grätzl, allfällige Maßnahmen der Sicherung von Kreuzungen durch Schüler-Lots:innen sowie die Beschilderung, Markierung und Errichtung von Schwellen zur besseren Sichtbarmachung der Schule und effektiven Geschwindigkeitsreduktion der durchfahrenden Fahrzeuge.

Begründung:

Leider ist die Umsetzung der Schulstraße nach dem Wiener Modell für die Volksschule Hahngasse derzeit nicht möglich, weil keine Ausnahmen, für die die Inklusion fördernden Fahrtendienste vorgesehen sind in Wien.

Bis es zu der dringlich notwendigen baulichen Verbesserung des Schulvorplatzes der VS Hahngasse im Rahmen des Masterplanes Gehen kommen kann, braucht es rasche Maßnahmen um die Sicherheit für die Kinder am Schulweg zu erhöhen.

Trotz Tempo 30 im Grätzl fahren viele Autos mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Hahngasse. Vielen ist auch nicht bewusst, dass sich dort eine Volksschule befindet. Eine klare Kennzeichnung der Schule, die aufgrund des schmalen Schulvorplatzes auch wenig sichtbar ist, sollte zur Verlangsamung der Fahrzeuge beitragen.

Zudem ist es wichtig, dass die Schulwege im umliegenden Grätzl evaluiert werden und etwaige Gefahrenstellen identifiziert und bestmöglich entschärft werden.

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger:innen am Julius Tandler Platz

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 6.12.2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen, die Situation der Fußgänger:innen-Ampel am Julius Tandler Platz zu überprüfen: Aktuell bekommen sowohl Fußgänger:innen als auch Kraftfahrzeuge gleichzeitig „grün“. Fußgänger:innen, die zwischen der Haltestelle der Straßenbahnlinien 5/33 und dem Julius-Tandlerplatz ONr. 8 die Fahrbahn überqueren, kommen regelmäßig in gefährliche Situationen mit Fahrzeugen, die von der Porzellangasse kommend nach links abbiegen. Die Prüfung samt Präsentation der Abhilfemaßnahmen – beispielsweise eines orangenen Blinklichts während der Grünphase der Fußgänger-Ampel - soll der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur weiteren Beratung samt Kostenschätzung vorgelegt werden.



Begründung:

Immer wieder kommt es an o.a. Ort zu gefährlichen Situationen zwischen Fußgänger:innen und KFZ. Das Layout der Kreuzung – mehrere Schienenstränge, mehrere Möglichkeiten abzubiegen, unterbrochene Zebrastreifen, schlecht wahrnehmbare Ampelanlagen, usf – ist ungünstig und birgt Gefahren in sich. Ein orangenes Blinklicht zusätzlich zu Fußgänger:innen Ampel, wie an anderen Stellen (bspw. Rotundenbrücke / Rasumovskygasse / Weißgerberlande) kann die Sicherheit und Wahrnehmung erhöhen.

Wien, 01.12.2023

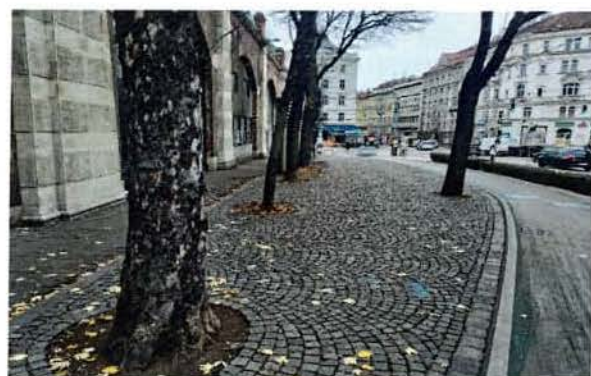
Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Entsiegelungen im Umkreis der U6 Station Nussdorfer Strasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 6. Dezember 2023 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, entlang des Gürtels im erweiterten Bereich um die Station Nussdorfer Strasse zu prüfen, ob ungenutzte Flächen entlang der U-Bahn-Trasse entsiegelt und ggf mit zusätzlichen Bäumen bepflanzt werden können, beispielsweise der gepflasterte Bereich entlang der Trasse zwischen der Nussdorfer Strasse und der U6 Station Nussdorfer Strasse. Die Ergebnisse dieser Prüfung samt Kostenschätzung sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.



Begründung:

Im Bereich des Gürtels entlang der U-Bahn-Trasse gibt es einen hohen Grad an Versiegelung, wobei einige dieser Flächen ungenutzt bleiben. Durch Entsiegelung dieser Flächen, können Potentiale in diesem grünflächenarmen Raum besser genutzt werden und ein Beitrag zur Reduktion von Hitzekonzentration im Sommer und zur Verbesserung der Luftwerte geleistet werden.

Wien, 01.12.2023

Antrag von Damma Wos, Gemeinsam Alsergrund, Links und Volkspartei zur
Bezirksvertretungssitzung am
6.Dezember 2023

Betrifft: Hundezone Lichtentaler Park

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, das devastierte Erdreich in der Hundezone Lichtentaler Park zu entfernen und durch ein für Hundennutzung geeignetes Material, zB. Rindenmulch oder anderes zu ersetzen - eine Rasenfläche auf dem großen Bereich bei der Seite Marktgasse scheint nicht sinnvoll. Weiters sollen Hundespielgeräte wie Baumstämme oder ein Trainingsparcour errichtet werden. Ebenso sollen wieder zwischen 22 und 7 Uhr die Tore verschlossen werden.

Die Ergebnisse und eine Kostenschätzung sollen im Umweltausschuss behandelt werden.

Begründung:

Die Beschwerden wegen des unangenehmen Geruchs sowie wegen Lärmstörungen aus der Hundezone während der Nachtstunden nehmen wieder zu. Abermals eine Rasenfläche, wie sie vor Jahren bereits angelegt wurde, zu errichten ist nicht sinnvoll, da durch die starke Nutzung dieser bereits nach wenigen Wochen wieder zerstört wäre. Rindenmulch wie in der Zone am Heldenplatz oder ein anderer geeigneter Belag sind wünschenswert.

Antrag von Damma Wos, Gemeinsam Alsergrund, Links zur Bezirksvertretungssitzung am
6.Dezember 2023

**Betrifft: Auflassung der Rechtsabbiegespur für den MIV bei Julius-Tandler-Platz
ONr.6 und Einbahnregelung Rotenlöwengasse**

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, folgende Maßnahmen zu prüfen:

- die Rechtsabbiegespur Julius-Tandler-Platz ONr.6 in Richtung Rotenlöwengasse aufzu-lassen,
- parallel dazu den Bereich Rotenlöwengasse zwischen Julius-Tandler-Platz und Stroheckgasse zu einer Einbahn Richtung Julius-Tandler-Platz ausgenommen Radfahrer:innen umzuwandeln.

Des weiteren sollen die so gewonnenen Flächen bei den Planungen zur Umgestaltung des Julius-Tandler-Platzes mitgedacht werden.

Die Ergebnisse inklusive Kostenschätzung sollen der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur Behandlung vorgelegt werden.

Begründung:

Die derzeit bestehende Rechtsabbiegespur Julius-Tandler-Platz ONr.6 in Richtung Rotenlöwengasse wird zurzeit sehr häufig von Autofahrer:innen benutzt, die die Kreuzung bei der Friedensbrücke umfahren wollen, um schneller Richtung ersten Bezirk zu kommen. Dies verursacht für die Bewohner:innen der Rossau unnötigen zusätzlichen Verkehr, durch den die, ansonsten ruhige und radfahrfreundliche, Rotenlöwengasse bzw. Hahngasse morgens und abends zu einer stark befahrenen Hauptstrasse wird.

Vor allem für den Bereich vor der Volksschule Hahngasse könnte diese Maßnahme ein Mehr an Sicherheit für die Schüler:innen bringen, da die durchfahrenden Fahrzeuge auf ihrem Weg zur Pramergasse bzw. Grünentorgasse meist sehr zügig an der Schule vorbeifahren. Die Rotenlöwengasse bzw. die Hahngasse würden zudem zu einer attraktiven Radroute aufgewertet werden, was ja durchaus im Sinne der Alsergrunder Klimaschutzpolitik ist.

Für die motorisierten Anrainer:innen bleibt die Zufahrt über die Lände und die Stroheckgasse erhalten. Für alle anderen Bewohner:innen und Schüler:innen bringt diese Änderung einen großen Gewinn an Lebensqualität.